

LEBENSBLDER

Jugendarbeit und politische Bildung als lebenslanges Kontinuum – Josef Rommerskirchen (1916–2010)

Christopher Beckmann

Im Februar 1981 trat Josef Rommerskirchen in den Ruhestand und schied nach vier Jahren als Direktor aus den Diensten der Bundeszentrale für Politische Bildung aus. Bei der offiziellen Verabschiedung verband der Personalratsvorsitzende der Bundeszentrale, Will Cremer, seinen im Namen der Mitarbeiter ausgesprochenen Dank mit der Feststellung, im Leben des zu Ehrenden sei „politische Bildung keine Episode, sondern über Jugendarbeit, Bundeszentrale, Bundestag und dann wieder als Direktor der Bundeszentrale ein Kontinuum“ gewesen.¹ In der Tat bildete politische Bildung für Rommerskirchen, dessen Leben wie bei allen Angehörigen seiner Generation stark von den Verwerfungen der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts geprägt war, einen Aufgabenbereich, von dem er sich nie völlig löste und der den weit überwiegenden Teil seines beruflichen und ehrenamtlichen Engagements bestimmte.²

Prägungen in der Jugend

Josef Rommerskirchen wurde am 16. Februar 1916 in Odenkirchen als Sohn eines Gärtnerehepaares in einfachen Verhältnissen geboren. Die Familie siedelte später nach Mönchengladbach über. Dort, wo sich damals der Sitz des einflussreichen Volksvereins für das katholische Deutschland befand,³ engagierte er sich früh im Rahmen der katholischen Jugend. 1933 verließ er das

1 Politische Bildung als Lebensaufgabe, in: Das Parlament, Nr. 9–10, 28. Februar/7. März 1981.

2 Der größte Teil seiner Papiere wurde von Rommerskirchen bereits zu Lebzeiten an das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) abgegeben. Der Nachlass ist unter der Bestandsnummer 01-234 archiviert und umfasst vier laufende Meter. Nach seinem Tod erfolgte nochmals eine kleinere Nachlieferung, die zu einem großen Teil aus Fotos besteht. Die zahlreichen in diesen Akten enthaltenen Aufzeichnungen und Redemanuskripte sowie die publizistischen Beiträge ermöglichen einen guten Einblick in das Denken eines wichtigen Akteurs in der Jugendverbandspolitik und der politischen Bildung der Bundesrepublik Deutschland.

3 Vgl. Gotthard Klein: Der Volksverein für das katholische Deutschland 1890–1933. Geschichte, Bedeutung, Untergang (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 75). Paderborn u. a. 1996; Wolfgang Löhr: Der Volksverein für das katholische Deutschland (Zeugen städtischer Vergangenheit 26). Mönchengladbach 2009.

Gymnasium, weil er, wie er später berichtete, als überzeugter Katholik die Mitarbeit in nationalsozialistischen Organisationen verweigerte und „unentwegt eine oppositionelle Einstellung bekundete“.⁴ Deswegen sei ihm als „uneinsichtiger Querulant und Störenfried“ das Schulgeldstipendium entzogen worden.⁵ Das Angebot, seine Kompetenzen als Jugendführer in eine Führungsrolle bei der lokalen Hitler-Jugend einzubringen – „für mich als 17-jähriger eine Mordsverlockung“ – habe er nach einem Gespräch mit dem Kaplan und Nazi-Gegner Josef Thomé zurückgewiesen.⁶ Nach dem Abgang von der Schule absolvierte Rommerskirchen zunächst eine Handelslehre in seiner Heimatstadt und schloss eine Ausbildung im Verlags- und Zeitschriftenwesen des Katholischen Jungmännerverbands (KJMV) an. Nach deren Abschluss wurde er in die Zentrale des KJMV im Jugendhaus Düsseldorf übernommen, fungierte dort zunächst als Sekretär des Reichsobmanns Albert Steiner und übernahm ab 1. Oktober 1936 die Schriftleitung der Zeitschrift „Am Scheidewege“.⁷ Der Reichsobmann war der oberste Laienführer des Verbandes und stand nominell gleichberechtigt neben dem Generalpräses als dem geistlichen Führer. Der damalige Generalpräses, Ludwig Wolker, war eine der prägenden Gestalten der katholischen Verbandsjugend vor und nach dem Zweiten Weltkrieg.⁸ Unter seiner Ägide erreichte der KJMV bis zu seiner zwangsweisen Auflösung am 6. Februar 1939 eine „unumstrittene Führungsrolle“ innerhalb der katholischen Jugendverbände in Deutschland.⁹ Wie stark seine Position war zeigt die Tatsache, dass er nach Abschluss des Reichskonkordats 1933 mit der Vertretung aller katholischen Jugendverbände beauftragt wurde und zu diesem Zweck vom Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Adolf Kardinal Bertram, Vollmacht für Verhandlungen mit dem Reichsinnenministerium

-
- 4 Interview mit Elke Bahr, in: Sabine Hering/Hans-Georg Lützenkirchen (Hg.): *Wegweiser. Die politische Erwachsenenbildung nach dem Kriege. Gespräche.* Bonn 1992, S. 194–207, hier S. 196.
 - 5 Schreiben an Hans Jörg Oeschger vom 16. April 1993, in: ACDP 01-234-027/1.
 - 6 Hering/Lützenkirchen: *Wegweiser*, S. 196. Zu Thomé, der später als Gegner des Nationalsozialismus mehrere Jahre im Gefängnis verbrachte, vgl. August Brecher: *Mündiges Christsein. Zwischen Gesetz und Freiheit.* Pfarrer Dr. theol. h. c. Josef Thomé 1891–1980. Aachen 1991.
 - 7 Vgl. Zeugnis des Kaufmännischen Direktors des Jugendhauses Düsseldorf für Josef Rommerskirchen vom 1. April 1937 (Kopie), in: ACDP 01-234-026/2.
 - 8 Barbara Schellenberger: *Ludwig Wolker (1887–1955)*, in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts.* Bd. 5. Mainz 1982, S. 134–146.
 - 9 Barbara Schellenberger: *Katholische Jugend und Drittes Reich. Eine Geschichte des Katholischen Jungmännerverbandes 1933–1939 unter besonderer Berücksichtigung der Rheinprovinz* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 17). Mainz 1975, das Zitat S. 1; zur prägenden Rolle Wolkers S. 8–19.

erhielt.¹⁰ Auch für den beruflichen und privaten Lebenslauf von Josef Rommerskirchen, der dem „priesterlichen Freund“ später einen emphatischen Beitrag zu einer Gedenkschrift widmete,¹¹ spielte Wolker eine wichtige Rolle. Nicht zuletzt fungierte er bei dessen Eheschließung als Traupriester. Aus der am 5. Dezember 1939 geschlossenen Ehe mit Gertrud („Trude“) Troullier gingen sieben Kinder hervor.

Vor seinem Engagement in der Zentrale des KJMV war Rommerskirchen Mitglied im „Bund Neudeutschland“ sowie – 1934 – im „Grauen Orden“ geworden. In der Zwischenkriegszeit gewannen im Bereich der Kirchen in Deutschland neben den an die Pfarreien angebundenen sowie den berufständisch organisierten Jugendorganisationen zunehmend auch Bünde an Bedeutung. Sie nahmen Gedanken und Elemente der früheren, u. a. vom „Wandervogel“ ausgehenden Jugendbewegung¹² – Zivilisationskritik und Naturverbundenheit¹³, „Auf-Fahrt-Gehen“, Formulierung und Praktizierung eigener Lebensziele und Lebensformen, Selbstverantwortung ohne zuviel Abhängigkeit von Erwachsenen – auf und suchten sie mit kirchlichem Engagement zu verbinden. Die Jugendbewegung war sich – trotz ihrer Heterogenität und Vielgestaltigkeit – in der 1913 bei der legendären Versammlung auf dem Hohen Meißner proklamierten Formel einig, die Jugend wolle „aus eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung, mit innerer Wahrhaftigkeit ihr Leben gestalten“. Nicht zu Unrecht ist dies als die „Geburtsstunde eines neuen Begriffs von ‚Jugend‘“ bezeichnet worden, in dem diese nicht mehr als vorübergehender Lebensabschnitt auf dem Weg ins Erwachsenenalter betrachtet, sondern mit einem Eigenwert versehen wurde.¹⁴

Der „Bund Neudeutschland“ (ND), 1919 vom Kölner Kardinal Hartmann zunächst als Schülerbund gegründet, adaptierte Methoden und Umgangsformen der Jugendbewegung, wollte aber mit der kirchlichen Führung verbunden bleiben und betonte die Begrenzung der Freiheit durch die von Gott gewollte Autorität der Eltern und der Kirche. Letztlich handelte es sich um den Versuch, einen „Mittelweg zwischen den Konzepten der freien Bünde und der älteren Vorstellung der Jugendpflege“ zu finden mit dem Ziel der Entwicklung einer

10 Ebd., S. 140.

11 ...und es in Fülle haben, in: Walter Berger (Hg.): Ad personam Ludwig Wolker. Buxheim 1975, S. 73–83.

12 Joachim H. Knoll/Julius H. Schoeps (Hg.): Typisch deutsch: die Jugendbewegung. Beiträge zu einer Phänomengeschichte. Opladen 1988.

13 Vgl. Walter Sauer: Der Mythos des Naturerlebnisses in der Jugendbewegung, in: Knoll/Schoeps: Typisch deutsch, S. 55–70.

14 Ebd., S. 5f. Vgl. auch Winfried Mogge/Jürgen Reulecke: Hoher Meißner 1913 – Der Erste Freideutsche Jugendtag in Dokumenten, Deutungen und Bildern (Edition Archiv der deutschen Jugendbewegung 5). Köln 1988.

„katholische[n] Form der Jugendbewegung“, die sich als Teil der Gesamtkirche verstand.¹⁵ Im „Hirschberg-Programm“ von 1923 proklamierte der Bund den „feste[n] Wille[n] zum innerlich echten Katholischsein“ und verpflichtete seine Mitglieder zu einer „neuen Lebensgestaltung in Christus“.¹⁶ Nicht zufällig übte der Religionsphilosoph Romano Guardini starken Einfluss innerhalb der katholischen bündischen Jugend aus, der sich intensiv mit der Frage der Liturgiereform beschäftigte und gegenüber der Jugend die Notwendigkeit der „Selbstbildung“ betonte.¹⁷ Die Mitglieder des ND bildeten in hohem Maße „die geistige und politische Führungsschicht der jungen Katholiken“.¹⁸

Beim „Grauen Orden“¹⁹ handelte es sich um eine gesonderte Gruppe, die sich v. a. aus Mitgliedern des „Bundes Neudeutschland“ und des „Quickborn“, einer anderen Organisation innerhalb der katholischen bündischen Jugend²⁰, gebildet hatte. Ein verbindendes Element dieser sich durchaus als Angehörige einer Elite (bzw. Gegen-Elite) betrachtenden jungen Männer war das Bestreben, sich ein Anders-Sein zu bewahren und nicht in der Masse aufzugehen. Man praktizierte – dem Vorbild des Kreises um den Dichter Stefan George²¹ nach-eifernd – die Kleinschreibung und gab sich „Fahrtennamen“, mit denen man im Kreise der Freunde angesprochen wurde. Josef Rommerskirchen wurde „rokki“ genannt, ein Spitzname, der von ihm beruflich oder persönlich Nahestehenden bis zu seinem Tode verwendet wurde. Der „Graue Orden“ hielt, wurzelnd im christlichen Menschenbild, das die unverlierbare Würde und den Wert jeder Einzelperson betont, an der Einzigartigkeit und Unaustauschbarkeit des Individuums fest. Die Gruppe unternahm z. T. sehr weite Fahrten, etwa

-
- 15 Vgl. Rolf Eilers: *Konfession und Lebenswelt. 75 Jahre Bund Neudeutschland 1919–1994*. Mainz 1998, S. 61ff.
- 16 Franz Henrich: *Die Bünde katholischer Jugendbewegung. Ihre Bedeutung für die liturgische und eucharistische Erneuerung*. München 1968, S. 181ff. Der Wortlaut des „Hirschbergprogramms“ ebd.
- 17 Hanna-Barbara Gerl-Falkowitz: *Romano Guardini: Konturen des Lebens und Spuren des Denkens*. Neuausg. Mainz 2005.
- 18 Schellenberger: *Katholische Jugend und Drittes Reich*, S. 4.
- 19 Zum „Grauen Orden“ siehe zuletzt Peter Goergen: *Der Graue Orden. Umfeld und Vorfeld der Weißen Rose*, in: *Imprimatur* Heft 1/2005, auch unter <http://www.phil.uni-sb.de/projekte/imprimatur/2005/imp050207.html> (Zugriff: 14. April 2011) sowie Sönke Zankel: *Mit Flugblättern gegen Hitler: der Widerstandskreis um Hans Scholl*. Köln 2008, S. 120–129 und Matthias von Hellfeld: *Bündische Jugend und Hitler-Jugend. Zur Geschichte von Anpassung und Widerstand 1930–1939*. Köln 1987, S. 140ff. Vgl. auch Martin Schmidt: *Lieder, die nicht opportun waren. Der Graue Orden als Beispiel bündischen Widerstands im Dritten Reich*, in: *Jahrbuch für Volksliedforschung* 37 (1992), S. 105–110.
- 20 Der 1909 gegründete „Quickborn“ nahm, für die damalige Zeit höchst ungewöhnlich, sowohl junge Männer als auch junge Frauen in seine Reihen auf. Vgl. Johannes Binkowski: *Jugend als Wegbereiter. Der Quickborn von 1909 bis 1945*. Stuttgart 1981.
- 21 Thomas Karlauf: *Stefan George. Die Entdeckung des Charisma*. München 2008.

nach Lappland, Sardinien und Montenegro.²² Man betrachtete sich als unpolitisch und strebte auch keinen bewussten Widerstand gegen das NS-Regime an. Gerade diese Betonung der Eigenart, Eigenständigkeit und Unabhängigkeit widersprach indes den Ansprüchen des nach Gleichförmigkeit strebenden NS-Staates und führte zwangsläufig zu Konflikten mit HJ und Polizei.²³ Rommerskirchen schrieb später, man habe versucht, „in der Zeit zunehmender Gleichmacherei und Gleichschaltung in Freiheit und eigener Verantwortung – ganz im Sinne der Hohen-Meißner-Formel der Deutschen Jugendbewegung – unseren eigenen Stil zu leben [...]“.²⁴

Auch der KJMV, hervorgegangen aus den katholischen Lehrlingsvereinen des späten 19. Jahrhunderts, lehnte sich – wohl v. a. durch den Einfluss Wolkers – seit Ende der 1920er Jahre hinsichtlich der Vereinsstruktur und der Gestaltung des Vereinslebens verstärkt an die insbesondere durch „Quickborn“ und den „Bund Neudeutschland“ repräsentierte katholische Jugendbewegung an. Man ging Wandern und Zelten, trug dabei Wimpel und eine spezielle Wanderkluft, adaptierte jugendbewegtes Liedgut und praktizierte neue Gottesdienstformen wie die „Gemeinschaftsmesse“ mit deutschen Texten und Liedern. Man bemühte sich auch, höhere Schüler sowie Angehörige sämtlicher Berufsgruppen zu gewinnen, blieb aber ein Verband, der seine Mitglieder ganz überwiegend aus den gewerblichen Berufen rekrutierte.²⁵ Innerhalb des KJMV trat besonders die „Sturmschar“ hervor, „eine jugendbewegte Elitetruppe“²⁶, der sich Rommerskirchen nach dem Ausscheiden aus dem Bund Neudeutschland, der über keine Sparte für in gewerblichen Berufen Tätige verfügte, anschloss.

Zwischen bündischer Jugend und Hitlerjugend gab es durchaus Berührungspunkte, die über Ähnlichkeiten bei Kleidung, Habitus und Liedgut hinausgingen. Zu nennen sind die Skepsis gegenüber der Demokratie als Herrschaft der anonymen „Masse“, die Hoffnung auf einen charismatischen „Führer“, die Ablehnung der Weimarer Demokratie mit ihrem „Parteiengezänk“ durch beachtliche Teile gerade der jungen Generation.²⁷ Auch die gera-

22 Goergen: *Der Graue Orden*, S. 44–55.

23 Zankel: *Mit Flugblättern gegen Hitler*, 123f.

24 Undatierte handschriftliche Notiz, in: ACDP 01-234-031/3.

25 Zur sozialen Zusammensetzung des Verbandes im Jahre 1933 vgl. Schellenberger: *Katholische Jugend und Drittes Reich*, S. 16f.

26 Martin Schwab: *Kirche leben und Gesellschaft gestalten. Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) in der Bundesrepublik Deutschland und der Diözese Würzburg 1947–1989 (Quellen und Forschungen zur Geschichte des Bistums und Hochstifts Würzburg)*. Würzburg 1997, S. 25.

27 Michael H. Kater hat vor geraumer Zeit in einem anregenden Beitrag die Frage gestellt, ob nicht ein in der Weimarer Zeit virulenter Generationskonflikt den Aufstieg der NSDAP wesentlich begünstigt habe. Generationskonflikt als Entwicklungsfaktor in der NS-Bewegung vor 1933, in: *Geschichte und Gesellschaft* 11 (1985), S. 217–243.

de in der Jugendbewegung verbreitete „Gemeinschaftsideologie“ mit ihrer Gegenüberstellung von angeblich organischer „Gemeinschaft“ und lediglich zweckrationaler „Gesellschaft“ resultierte nicht selten in einer kritischen Distanz gegenüber der Weimarer Republik und einer Zuwendung zum auch von den Nationalsozialisten propagierten Ideal der „Volksgemeinschaft“.²⁸ Das Verhältnis der Jugendbewegung zum NS-Staat stellt sich daher insgesamt ambivalent dar, bis in den katholischen Bereich hinein. Einerseits knüpfte die Hitler-Jugend zumindest in den ersten Jahren nach der Machtergreifung an „jugendkulturelle Errungenschaften der Jugendbewegung“ an, betonte die Eigenständigkeit der Jugend gegenüber den Erwachsenen und gewann so zumindest vorübergehend erhebliche Attraktivität. Im September 1933 erklärte die Führung des „Bundes Neudeutschland“, sie hoffe auf ein verträgliches Miteinander und positive Zusammenarbeit mit der NS-Bewegung, da man gemeinsame Anschauungen habe: „Volkwerdung, Wertordnung, staatliche Verantwortung, Überwindung des Klassenstaates, organischer Reichsgedanke, Anerkennung letzter absoluter Werte wie Gott und Gewissen.“²⁹ Neuro-mantische Vorstellungen von der Wiederherstellung des abendländischen Reiches, die nach 1918 in Teilen des deutschen Katholizismus virulent waren, veranlassten manche zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft trotz aller weltanschaulichen Differenzen zu der Frage, ob „es vielleicht Hitlers historischer Auftrag [sei], die äußeren Voraussetzungen für dieses Reich zu schaffen, und waren wir Christen dann dazu berufen, das Ganze mit Leben und Geist zu erfüllen?“³⁰ In gewisser Weise repräsentativ war die Haltung des KJMV, der sich grundsätzlich zum „neuen Staat“ und zur Mitarbeit in ihm bekannte, aber auf seiner Eigenständigkeit als kirchlicher Jugendverband unter Verweis auf die Vereinbarungen des Reichskonkordats beharrte.³¹

28 Heinz Hürten: *Geschichte des deutschen Katholizismus 1800–1960*. Mainz 1986, S. 191.

29 Henrich: *Die Bünde katholischer Jugendbewegung*, S. 209. Siehe auch Eilers: *Konfession und Lebenswelt*, S. 143–154.

30 So ein Mitglied des Bundes Neudeutschland, zit. nach Eilers: *Konfession und Lebenswelt*, S. 151. Siehe allgemein Reinhard Richter: *Nationales Denken im Katholizismus der Weimarer Republik*. Münster 2000, hier u. a. S. 200f.

31 In einer Verlautbarung der Reichsleitung des KJMV hieß es: „Wir halten uns als Jugend der Kirche streng an die Weisungen der Kirche und als deutsche Jugend streng an die Ordnungen des Staates.“ Vgl. Schellenberger: *Katholische Jugend und Drittes Reich*, S. 91–113, das Zitat S. 101. Zum Reichskonkordat vgl. Thomas Brechenmacher: *Das Reichskonkordat 1933. Forschungsstand, Kontroversen, Dokumente*. Paderborn 2007. Zur Rolle und Haltung der katholischen Kirche zuletzt Christoph Kösters/Mark E. Ruff (Hg.): *Die katholische Kirche im Dritten Reich. Eine Einführung*. Freiburg/Breisgau 2011 sowie demnächst Christoph Kösters: „Kulturkampf‘ im Dritten Reich – Zur Deutung der Konflikte zwischen NS-Regime und katholischer Kirche im deutschen Episkopat, in: Thomas Brechenmacher/Harry Oelke (Hg.): *Die Kirchen und die Verbrechen im nationalsozialistischen Staat (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte 11)*. Göttingen 2011.

Andererseits gab es nicht wenige, die angesichts der Unvereinbarkeit des christlichen Welt- und Menschenbildes mit dem der Nationalsozialisten sich dem immer stärker hervortretenden totalitären Anspruch des Staates zu entziehen oder diesen gar zu begrenzen suchten. Einer derjenigen, den u. a. die Prägungen durch das katholische Milieu und die katholischen Jugendbünde zum Aufbegehren gegen das NS-Regime bis hin zum aktiven Widerstand veranlassten, war der 1943 als Mitglied der studentischen Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ hingerichtete Willi Graf.³² Ihm, der ebenfalls dem „Bund Neudeutschland“ angehörte, war Rommerskirchen im „Grauen Orden“ in der ersten Hälfte der 1930er Jahre begegnet. Aus dieser Zeit existiert ein Foto, das die beiden zusammen mit einigen anderen im Garten von Rommerskirchens Eltern zeigt.³³ Im Nachlass befindet sich ein kleiner Briefwechsel zwischen Graf und Rommerskirchen aus den 1930er Jahren, der einiges über die Vorstellungswelt in der katholischen bündischen Jugend jener Zeit aussagt.³⁴ Über seine Anstellung als Sekretär von KJMV-Reichsobmann Albert Steiner informierte Rommerskirchen den Freund, verbunden mit dem Eingeständnis, dass er schon „etwas stolz“ sei, an „verantwortlicher Stelle im grossen Bund der Kameraden in der Jungen Kirche“ zu stehen.³⁵ Dass innerhalb der katholischen Jugendbewegung die Anschauungen und Methoden des z. T. sehr konservativen und traditionsorientierten Klerus durchaus kritisch betrachtet wurden, man nach neuen Wegen in der Glaubensverkündigung und -praxis suchte und auch hier den aus der freideutschen Jugendbewegung übernommenen Gedanken von der „Eigenwertigkeit der Jugend“ betonte,³⁶ verdeutlicht die folgende Passage: „Gott, was nützt mir all das Geschwätz vieler alter Pastöre, wenn wir nicht einmal ganz einfach und echt glauben können. Was nützt alle Philosophie in Weinflaschen verpfropft, wenn die Dinge nicht gelebt werden. So ist es doch und das fehlt nicht der ‚lieben Jugend‘, dieser Glaube, sondern mehr, viel mehr denen, die darum klagen. Das kann mich immer so

32 Zur „Weißen Rose“, ihren Mitgliedern sowie zur Rezeptionsgeschichte liegen zahlreiche Untersuchungen und Darstellungen vor. Zu Graf zuletzt Peter Goergen: Willi Graf – Ein Weg in den Widerstand (Geschichte, Politik & Gesellschaft. Schriftenreihe der Stiftung Demokratie Saarland 11). St. Ingbert 2009.

33 Veröffentlicht ebd., S. 75.

34 Vgl. hierzu demnächst Christopher Beckmann: „Wir wollen doch menschenwürdiger leben...“ Katholische Jugendbewegung in den 1930er Jahren: Ein Schriftwechsel zwischen Willi Graf („Weiße Rose“) und dem späteren BDKJ-Mitgründer Josef Rommerskirchen, in: Hermann-Josef Scheidgen/Markus Lingen (Hg.): Kirche und Gesellschaft im Wandel der Zeiten. Festschrift für Gabriel Adriányi zum 75. Geburtstag. Nordhausen 2011.

35 Rommerskirchen an Graf, 25. März 1936, in: ACDP 01-234-008/2.

36 Allerdings war man innerhalb der katholischen Jugendbünde bestrebt, die „Eigenwertigkeit der Jugend einzuordnen in den Sinn für die Wirklichkeit, also auch für Alter und Autorität“. Henrich: Die Bünde katholischer Jugendbewegung, S. 103.

wild machen und erschlagen, wenn wieder einmal einer meint, dass man unser Tun ja doch nicht verstehen könne. Das meinen immer die Herren Präsidés für die Jungen. Wenn die wüssten, dass wir gar nicht so sehr bemuttert werden wollen.“³⁷

In einem anderen Brief an Graf berichtete Rommerskirchen über einen Besuch in der Schatzkammer der Wiener Hofburg, wo ihn der Anblick der alten Kaiserkrone ins Schwärmen gebracht hatte. Hier klingt die Faszination an, die der Reichsgedanke innerhalb der katholischen Jugendbewegung ausübte: „da wird einem mit einem mal der reichsgedanke ganz neu lebendig und ganz gross und herrlich, ein christliches reich! was wollen wir alle anders!“³⁸ Zu diesem Zeitpunkt – Sommer 1936 – hatten sich etwaige Überlegungen, ob Hitler den Weg zur Verwirklichung eines solchen Reiches bahnen könne, als obsolet erwiesen. Das NS-System mit seinem totalitären Anspruch konnte sich nicht mit der begrenzten Zustimmung begnügen, zu der sich die katholischen Verbände im Frühjahr 1933 bereit gefunden hatten, sondern verlangte letztlich die Kapitulation.³⁹ Der Gleichschaltungsdruck und die Angriffe verstärkten sich. Im November 1935 wurde das Jugendhaus in Düsseldorf vorübergehend geschlossen und der Generalsekretär des KJMV inhaftiert. Es folgten das Verbot der Verbandspresse und am 6. Februar 1936 die Verhaftung von 57 Mitarbeitern des Jungmännerverbandes, darunter Generalpräses Wolker.⁴⁰ Auch hierüber berichtete Rommerskirchen an Graf: „Dann, Düsseldorf! Alle sitzen noch! Wir haben aber begründete Hoffnung, daß bald die Ostersonne aufgeht! Schnauze halten! G. S. Clemens gehts jetzt gut, Wolker schlecht!“⁴¹

Nach weiteren Angriffen wurde am 6. Februar 1939 der KJMV aufgelöst, die katholischen Jugendverbände „Bund Neudeutschland“ und „Quickborn“ folgten wenige Monate später. Alle weitere Verbandsarbeit war von nun an illegal.⁴²

Zweiter Weltkrieg und Kriegsgefangenschaft

Zum Zeitpunkt des Verbots befand sich Rommerskirchen bereits nicht mehr in Diensten des Düsseldorfer Jugendhauses. Er war zum 31. März 1937 ausgeschieden, um seine Arbeitsdienst- und Wehrpflicht abzuleisten. Wie er rückblickend schrieb, wurde daraus aufgrund der Entfesselung des Zweiten

37 Rommerskirchen an Graf, undatiert, in: ACDP 01-234-008/2.

38 Rommerskirchen an Graf, 18. September 1936, ebd.

39 Hürten: Geschichte des deutschen Katholizismus, S. 223f.

40 Schellenberger: Katholische Jugend und Drittes Reich, S. 81–85.

41 Rommerskirchen an Graf, 1. Mai 1936, in: ACDP 01-234-008/2.

42 Schellenberger: Katholische Jugend und Drittes Reich, S. 173ff.

Weltkriegs „ein zehnjähriger ununterbrochener Einsatz mit schweren Gewissenskonflikten“.⁴³ Wie viele seiner Generation sei er „dem inneren Konflikt zwischen Verneinung des Regimes und der Bejahung vaterländischer Pflichterfüllung“ ausgesetzt gewesen.⁴⁴ Sowohl mit Wolker, der „ein umfangreiches Briefapostolat mit den jungen Freunden an der Front“ entfaltete,⁴⁵ als auch mit Jakob Clemens, mittlerweile Pfarrer an St. Engelbert in Köln-Riehl, blieb er während seines Soldatendaseins in brieflicher Verbindung. Aus der Feder von Clemens finden sich im Nachlass einige Briefe mit eindrucksvollen Schilderungen der Bombenangriffe auf Köln in der Endphase des Zweiten Weltkrieges.⁴⁶

Für den Einstieg in die Offizierslaufbahn dürften verschiedene Faktoren eine Rolle gespielt haben. So schloss eine kritische bis ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus keineswegs die Überzeugung aus, im Kriegsfall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet zu sein. In einer später angefertigten Notiz hielt Rommerskirchen fest: „Das Problem der Wehr- bzw. Kriegsdienstverweigerung stellte sich mir nicht: der Makel des ‚vaterlandslosen Gesellen‘ schreckte ab und der trotzige Beweis des Gegenteils sollte die Verleumder Lügen strafen.“⁴⁷ Eine Rolle dürfte für ihn jenseits der sicher glaubhaften Gewissenskonflikte auch gespielt haben, dass die Offizierslaufbahn die Möglichkeit zu einer durchaus beachtlichen Karriere und damit verbundenem sozialen Aufstieg und Prestige bot, ohne sich allzu eng mit der Partei verbinden zu müssen. Schließlich bot die Wehrmacht regimekritischen bzw. nicht-konformen Personen häufig auch einen gewissen Schutz. Rommerskirchen profitierte davon, dass er zu einem Zeitpunkt seinen Wehrdienst antrat, als die Wehrmacht aufgrund der massiven Aufrüstungsanstrengungen einen „katastrophalen Offiziersmangel“ aufwies.⁴⁸ Das Kriegsgeschehen bewirkte weitere drastische Veränderungen innerhalb des Offizierskorps. So führten die massiven Verluste besonders in der zweiten Kriegshälfte für viele Wehrmachtsangehörige zum Aufstieg in Ränge und Funktionen, die unter „normalen“ Umständen nicht bzw. noch nicht hätten erreicht werden können.⁴⁹ Im Verlauf des Krieges

43 Manuskript einer Ansprache zum 40. Jahrestag der Gründung des BDKJ am 7. November 1987 in Hardehausen, in: ACDP 01-234-010/1.

44 Rommerskirchen: ...und es in Fülle haben, S. 74.

45 Schellenberger: Ludwig Wolker, S. 144. Teile des Schriftwechsels, in: ACDP 01-234-017/1.

46 ACDP 01-234-002/1.

47 Undatierte handschriftliche Notiz, in: ACDP 01-234-031/3.

48 Franz Werner Kersting: Wehrmacht und Schule im „Dritten Reich“, in: Rolf-Dieter Müller/Klaus-Erich Volkmann (Hg.): Die Wehrmacht. Mythos und Realität. München 1999, S. 436–455, hier S. 441.

49 Vgl. Wolfgang Petter: Militärische Massengesellschaft und Entprofessionalisierung des Offiziers, in: Müller/Volkmann: Die Wehrmacht, S. 359–370, hier S. 365f.

wurde Rommerskirchen, der von seinen Vorgesetzten stets hervorragende Zeugnisse ausgestellt bekam,⁵⁰ erst Bataillons-, dann Regimentsadjutant und war zum Zeitpunkt der Kapitulation Major und Kommandeur eines Jägerbataillons im norwegisch-finnischen Grenzgebiet in Lappland.⁵¹

Bei Kriegsende wurde er in Norwegen arretiert und später in französische Kriegsgefangenschaft überstellt, wo er, wie er später schrieb, „nach dem schrecklichen Konflikt zwischen soldatischer Pflichterfüllung und Ablehnung des Systems als solchem [...] zwei weitere Jahre das kostbare Gut der Freiheit entbehren“ musste.⁵² Zunächst im Lager Mulsanne untergebracht, redigierte er ab Juli 1946 im Lager Coudray bei Chartres eine Monatsschrift für Kriegsgefangene mit dem Titel „Licht ins Dunkel“, die vom Päpstlichen Hilfswerk für die Kriegsgefangenen initiiert und von der Katholischen Militärseelsorge gefördert wurde.⁵³ Er sei, so Rommerskirchen später, vom Kölner Erzbischof Frings auf Anregung von Pfarrer Clemens für diese Aufgabe vorgeschlagen worden.⁵⁴ Zudem beteiligte er sich am Aufbau einer Akademie für Kriegsgefangene, dem sogenannten „Stacheldraht-Seminar“ in Chartres, wo sämtliche deutsche und österreichische kriegsgefangene Theologiestudenten zusammen gezogen worden waren und die Möglichkeit erhielten, ihre theologische Ausbildung fortzusetzen.⁵⁵ Die Originalmanuskripte mehrerer Vorträge, die Rommerskirchen dort hielt, sind im Nachlass überliefert. Sie mussten vorab der Lagerleitung zur Kontrolle und Genehmigung eingereicht werden, was der jeweils auf der ersten Seite vorhandene „CONTROLE“-Stempel belegt.⁵⁶ Ein auf 1946 datiertes Manuskript trägt den Titel „Arbeiter und

50 Kopien dienstlicher Beurteilungen, in: ACDP 01-234-029/1. In einer Beurteilungsnotiz des Inselkommandanten von Harstadt vom 30. Oktober 1942 heißt es u. a., Rommerskirchen sei eine „ausgeprägte Führerpersönlichkeit mit reifer Offiziers- und Lebensauffassung“. Nach dem Krieg wurde er zum Oberstleutnant, dann zum Oberst der Reserve befördert. Die entsprechenden Urkunden, ebd.

51 Eine handschriftliche, auf kleinen Notizzetteln angefertigte chronologische Darstellung der Einsatzorte, Lehrgänge und Heimaturlaube findet sich in: ACDP 01-234-030/6.

52 Autobiografischer Artikel „Woher und wohin“ für „die neue welle“, Organ der Jungen Union im Kreis Grevenbroich. Undatiertes Typoskript mit dem handschriftlichen Zusatz „1961“, in: ACDP 01-234-024/1.

53 Einige Original-Titelblätter und -Inhaltsverzeichnisse sowie kleinere Beiträge aus Rommerskirchens Feder befinden sich im Nachlass, in: ACDP 01-234-026/1.

54 Manuskript einer Ansprache zum 40. Jahrestag der Gründung des BDKJ am 7. November 1987 in Hardehausen, in: ACDP 01-234-010/1.

55 Dazu Karl-Heinz Kloidt: Chartres 1945. Seminar hinter Stacheldraht. Eine Dokumentation. Freiburg/Breisgau 1988. Die aus dem Bistum Aachen stammenden ehemaligen Angehörigen des Stacheldraht-Seminars gründeten später die „Communitas Carnutensis“ und kamen noch jahrzehntelang zu regelmäßigen Treffen zusammen, an denen auch Rommerskirchen – wenn eben möglich – teilnahm.

56 Bei seiner Entlassung wurde Rommerskirchen bescheinigt, er habe nicht nur „mit großem Fleiß und Sachkenntnis“ an der Zeitschrift mitgewirkt, sondern „sich tatkräftig fuer die

Gemeinschaft“. Es ermöglicht Einblicke in Rommerskirchens Deutung des Geschehens der vergangenen Jahre und den seiner Meinung nach daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen. Eine Reihe der dort geäußerten Gedanken und Formulierungen sind auch in zahlreichen Gründungsaufufen und frühen Programmen der CDU zu finden,⁵⁷ was sich einmal aus der weltanschaulichen Nähe erklärt, aber auch dafür spricht, dass Rommerskirchen über die politischen Vorgänge in der Heimat recht gut informiert war.

Ausgangspunkt der Überlegungen ist ein klares Bekenntnis zum christlichen Menschenbild mit seiner Betonung der unverlierbaren Würde der Einzelperson: „Der Mensch als Persönlichkeit steht am Beginn und in der Mitte allen Lebens. Er ist das Fundament, ohne seine Würde und ohne seine Freiheit ist gestaltende Kraft seiner selbst wie der Gemeinschaft nicht denkbar.“ Die Wurzeln der zurückliegenden Fehlentwicklungen lägen „in der Missachtung und Verletzung der natürlichen, sittlichen Lebenswerte: das sind die unantastbare Würde der freien menschlichen Persönlichkeit, die jeden und alle verpflichtende soziale Gerechtigkeit und die ordnende Einheit in der Vielheit, die organisch gewachsene und zusammengehörige Gemeinschaft“. In den vorgelegten Überlegungen schwingt auch noch einiges vom antimodernistischen, den Entwicklungen der modernen Gesellschaft und des industriellen Zeitalters gegenüber kritischen Geist der Jugendbewegung mit. So wird beklagt, dass der Mensch vom „vollwertige[n] Glied einer organischen Gemeinschaft zum gleichgeschalteten, ersetzbaren Rädchen eines mechanischen Getriebes“ geworden sei. (S. 1f.) Schrankenloser Individualismus und Kollektivismus seien als ungleiche Kinder von Rationalismus und Liberalismus entstanden. Als Formen des Kollektivismus werden sowohl Kommunismus und Sozialismus als auch Nationalsozialismus und Faschismus genannt – letztere mit der Bemerkung, bei ihnen handele es sich um „außerordentliche Entartungen“, die „sich als solche selbst gerichtet“ hätten. (S. 3f.) Die erlebte Katastrophe sei „das Werk des entgotteten Menschen, der in Hitler, der Inkarnation des Bösen, seinen Prototyp fand.“ (S. 6) Als Antwort auf die skizzierten Irrwege der Vergangenheit präsentiert Rommerskirchen sodann eine „Christlich-demokratische Lösung“. Ziel sei die Wiederherstellung einer Ordnung, in der „allein Gott ... das Maß aller Dinge“ sei (S. 6), resultierend in der Anerkennung vor- und überstaatlich-

Organisation der kulturellen Betreuung des Lagers“ eingesetzt. In diesem Zusammenhang wurden die genannten Vorträge gehalten. Bescheinigung und Manuskripte in: ACDP 01-234-010/1.

57 S. etwa die unter <http://www.kas.de/wf/de/71.9132/> online abrufbaren Dokumente, darunter die Gründungsaufufe von Berlin, Köln und Frankfurt. Zu den zahlreichen „Gründungskernen“ der CDU und ihrer durchaus unterschiedlichen politischen Ausrichtung vgl. Hans-Otto Kleinmann: Geschichte der CDU 1945–1982. Hg. von Günter Buchstab. Stuttgart 1993, S. 23–96.

cher Prinzipien, allen voran der unantastbaren Menschenwürde. Genannt werden ferner das Recht auf Privateigentum als „uraltes Naturrecht“ sowie das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit. In diesem Zusammenhang fällt auch der Begriff „christlicher Sozialismus“, allerdings unter ausdrücklicher Ablehnung „kollektivistischer Gleichmacherei“, da Ungleichheit in Lebensstellung und Besitz als Folge der „natürlichen ungleichen Anlagen“ zu akzeptieren sei (S. 7f.).⁵⁸ Auch hier werden z. T. naiv-romantische bzw. romantizistische Vorstellungen deutlich: „Der Boden- und Grundbesitz ist das wertvollste Gut zur Vervollkommnung der Gemeinschaft. Die Familie sichert aus ihrem Ertrag nicht nur ganz oder teilweise den Lebensbedarf, sondern durch Verbindung von Generation zu Generation auf bleibendem Grund wird sie zur fruchtbarsten Lebenszelle der Gesellschaft.“ (S. 9) Aus heutiger Sicht mögen solche Äußerungen als Nachgesang einer idealisierten Vergangenheit erscheinen, die es so wahrscheinlich nie gegeben hat und als Lobpreis von Lebensformen wirken, über die der gesellschaftliche und soziale Wandel längst hinweggegangen war. Andererseits stand die hohe Wertschätzung des Individuums und seiner persönlichen Fähigkeiten in deutlichem Kontrast sowohl zum Menschenbild des Nationalsozialismus als auch des Kommunismus und besaß insofern eine dezidiert antitotalitäre Komponente.

Die aus diesen Grundsätzen abgeleiteten praktischen Forderungen weisen Rommerskirchen als einen Sympathisanten des christlich-sozialen Flügels der heterogenen jungen CDU aus. Postuliert werden ein Arbeitsrecht als Konsequenz der „von Natur auferlegten Pflicht zur Arbeit“, die „Entproletarisierung des Proletariats“ durch die Ermöglichung des Erwerbs von Eigentum mittels Arbeit und Sparsamkeit, die „gerechte Aufteilung des Arbeitsertrages unter Arbeitgeber und Arbeitnehmer“, Steuergerechtigkeit, die Förderung von Wohnungs- und Siedlungsbau wobei „Mietskasernen zum Verdienst der Spekulanten“ abzulehnen seien, der Ausbau der Familienfürsorge und der Sozialversicherungen „auf beruflicher Basis“, eine „echte Solidarität zwischen Arbeiter und Unternehmer“, die sich u. a. in betrieblicher Mitbestimmung niederschläge sowie die Schaffung einer berufsständischen Ordnung (S. 10ff.). Dabei sei – entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip – die Rolle des Staates möglichst zu begrenzen: „Die öffentliche Gewalt soll nur ergänzend und ordnend dazwischentreten, wo Störungen der wirtschaftlichen Gleichgewichte entstehen.“ (S. 13)

58 Zu den unterschiedlichen programmatischen Tendenzen in der frühen CDU, einschließlich des „Christlichen Sozialismus“, siehe zusammenfassend Rudolf Uertz: Von den Gründungsaufrufen 1945 zu den Grundsatzprogrammen 1978 und 1994. Zur Programmgeschichte der CDU, in: Günter Buchstab (Hg.): Brücke in eine neue Zeit. 60 Jahre CDU. Freiburg/Breisgau 2005, S. 94–138.

In zwei weiteren Vorträgen im Rahmen der Kriegsgefangenenakademie setzte sich Rommerskirchen mit den Möglichkeiten, Aufgaben und Formen zukünftiger Jugendarbeit auseinander: Zum einen grundsätzlich, zum anderen mit Blick auf die Zukunft katholischer Jugendarbeit.

Unter der Überschrift „Staatsjugend oder Jugendbewegung“⁵⁹ stellte er die auf den „Grundgesetzen“ Freiwilligkeit, Freiheit, Natürlichkeit und Ganzheit beruhende und damit den jugendlichen Bedürfnissen entsprechende Jugendbewegung der verpflichtenden, einseitig auf ein bestimmtes politisches Ziel ausgerichteten, uniformierten oder gar militarisierten Staatsjugend gegenüber. Die Bezugnahme auf die Hitlerjugend, aber auch die Anspielungen auf die unter starkem Einfluss und Druck der SED stehende FDJ, die sich zur Staatsjugend der DDR entwickeln sollte,⁶⁰ sind dabei mehr als deutlich. Rommerskirchen empfahl eine Rückbesinnung und Anknüpfung an zentrale Prinzipien und Überzeugungen der Jugendbewegung in der Zwischenkriegszeit. Allerdings sei angesichts der Nöte der Zeit nun die „soziale Tat in den Vordergrund gerückt“.

Wohl in direktem inhaltlichem Kontext legte er unter der Überschrift „Erbe und Zukunft kath. Jugend“⁶¹ ein leidenschaftliches Plädoyer für eine größere Einheitlichkeit kirchlicher Jugendarbeit und die enge Anbindung an Diözese und Pfarrei ab. Der der Jugend eigene „Drang nach Selbständigkeit, nach Freiheit, nach Autonomie und der Wille, etwas zu tun, zu gestalten, die Welt aus den Angeln zu heben“ müsse „aufgegriffen, in rechte Bahnen geleitet, reguliert und ventiliert werden“. Am besten geeignet hierfür sei, da Elternhaus und Pfarrei nicht ausreichen, die Gemeinschaft, v. a. verstanden als „Erlebnismgemeinschaft“. Katholische Jugendarbeit könne sich nicht in Jugendseelsorge erschöpfen und brauche darum Körperschaften, die „von der Jugend selbst getragen und geführt“ würden. Zwar dürfe man „nicht im Status der Zeit vor 1933 stecken bleiben“, man könne aber durchaus mit Stolz auf die Leistungen der Jugendbewegungen zurückblicken und an sie anknüpfen. Ausdrücklich wurden die Namen von Persönlichkeiten aus der katholischen Jugendbewegung genannt, die ihren Kampf „gegen die Inkarnation des Bösen“ mit der „Einbuße äußerer Freiheit“, also mit Zuchthaus und Gefängnis bezahlt hätten, „weil sie zwar wussten, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, aber auch die größere Pflicht kannten, Gott zu geben, was Gottes ist“. Von diesem „Erbe, das wir gebrauchen wollen“ gelte es nun den „Schritt von den

59 Typoskript, in: ACDP 01-234-010/1

60 Zur Entwicklung der FDJ siehe Ulrich Mählert: Die Freie Deutsche Jugend 1945–1949. Paderborn 1995; Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden Rote Fahnen – Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Opladen 1996.

61 ACDP 01-234-010/1. Hieraus die folgenden Zitate.

Bünden zur ordnenden Einheit katholischer Jugend“ zu tun. Ein solcher körperschaftlicher Zusammenschluss könne dann „die großen Aufgaben katholischer Jugend nach innen zur Kirche hin und nach außen in die Bezirke der Welt hinein erfüllen“ und „eine Werbekraft im besten Sinne“ ausüben. Er müsse sich an Pfarrei und Diözese orientieren, die „das schönste Abbild der einen, heiligen katholischen Kirche“ sei. Besonders betont wurde auch der über eine reine Organisationsform hinausgehende Bewegungskarakter des zu schaffenden Bundes.

Noch deutlicher drückte er seine Forderung nach mehr Einheitlichkeit in einem Beitrag für die Gefangenenzeitschrift „Licht ins Dunkel“ im November 1946 aus.⁶² Darin machte er die Zersplitterung der katholischen Verbände in der Vergangenheit mitverantwortlich für die Anfälligkeit auch vieler katholischer Jugendlicher gegenüber nationalsozialistischen Organisationen, deren Attraktivität er interessanterweise damit erklärte, „dass Formen im neuen Lager lockten, die unseren gewesenen sehr ähnlich sahen“. Angesichts der Erfahrungen der Vergangenheit als auch der Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft könne man „nicht da fortfahren, wo wir aufhören mußten“, da „jede Verzettelung und Aufsplitterung [...] eine Schwächung unserer selbst“ sei. Notwendig sei eine „Sammlung der jungen, lebendigen Kräfte“ mit der „Pfarrgemeinschaft“ als entscheidendem Bezugspunkt, „die das schönste Abbild der am Pfingstfest gegründeten Kirche ist“. Man wird diese Forderung nach größerer Einheitlichkeit auch als Konsequenz aus den Erfahrungen der NS-Zeit betrachten können, in der angesichts des staatlichen Drucks geschlechtsspezifische oder berufsständische Grenzen an Bedeutung verloren hatten und aufgrund des Verbots der Verbände die Pfarrei oftmals zum Zentrum der Jugendarbeit geworden war.⁶³

Mitgründer und Vorsitzender des BDKJ und des Deutschen Bundesjugendrings

Nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft im Februar 1947 war es erneut Prälat Ludwig Wolker, der für Rommerskirchens Lebenslauf eine wegweisende Rolle spielte. Dem früheren Generalpräses des KJMV war seitens der Bischöfe der Wiederaufbau der katholischen Jugendarbeit übertragen worden. Er habe, wie Rommerskirchen später berichtete,⁶⁴ von dem Artikel Kenntnis

62 „Um die deutsche katholische Jugend. Undatierter Ausriss mit handschriftlichem Zusatz „Josef Rommerskirchen – LICHT INS DUNKEL – in französischer Kriegsgefangenschaft November 1946“, in: ACDP 01-234-026/1. Daraus die folgenden Zitate.

63 Schwab: Kirche Leben, S. 26.

64 Vgl. undatiertes Typoskript „Gründung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend“, in: ACDP 01-234-024/2.

erhalten, den er in der Gefangenenzeitschrift zum Thema Wiederaufbau der katholischen Jugendarbeit verfasst hatte, und darin offenkundig die eigenen Vorstellungen wie auch die des deutschen Episkopats weitgehend wiedergefunden.⁶⁵ Allerdings hatte Rommerskirchen Druckfassungen programmatischer Ansprachen über die zukünftige Jugendarbeit von diesem persönlich übersandt bekommen, war also über dessen Ideen informiert.⁶⁶ Ferner hatte Wolker ihn als Mitarbeiter in der KJMV-Zentrale kennen- und schätzen gelernt, ihm bei seinem Ausscheiden ein Zeugnis ausgestellt und darin seine hohe Meinung zum Ausdruck gebracht: „Der Mann ist brauchbar. Er wird auf jedem Posten seine Pflicht tun. Und er wird vor größere Aufgaben gestellt das Größere leisten.“ Zudem sei er „„ein feiner Kerl‘, der in jedem Betrieb als Mitarbeiter gern gesehen und für die Leitung wie für die Gemeinschaft wertvoll sein wird.“⁶⁷ So erreichte Rommerskirchen kurz nach der Heimkehr aus der Kriegsgefangenschaft, die im Februar 1947 erfolgt war, die Einladung, an der „Hauptkonferenz der Führerschaft der Katholischen Jugend“ vom 24. bis 28. März 1947 in Hardehausen teilzunehmen.⁶⁸ Dort wurde nicht nur zäh um die Prinzipien und Strukturen des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend gerungen und „Grundsätze zur inneren Ordnung“ beschlossen, sondern auch dessen Spitze gewählt. Bundespräsidenten wurden Ludwig Wolker und Hermann Klens, Bundesführerin für die weibliche Jugend Dr. Ludgera Kerstholt; in das Amt des Bundesführers für die männlichen Mitglieder wurde Josef Rommerskirchen gewählt, der, wie er rückblickend schrieb, dies „nicht erwartet, noch vorausgesehen“ hatte. Mit dieser Wahl habe für ihn „eine erlebnis- und erfahrungsreiche, zutiefst beglückende Zeit und ein unvergesslich bedeutsames Wegstück meines Lebens“ begonnen.⁶⁹

Im Kern vollzog sich der Wiederaufbau der katholischen Jugendarbeit in den Westzonen und der Bundesrepublik, an dem Rommerskirchen führend beteiligt war, im Rahmen der von ihm im „Stacheldraht-Seminar“ skizzierten Vorstellungen: Die Jugendbünde lebten wieder auf und konnten – nach anfänglichen Vorbehalten seitens der Bischöfe – auch wieder überdiözesane Strukturen aufbauen. Auf der anderen Seite war die kirchliche Anbindung enger, was den Bischöfen und Pfarrern bzw. den von ihnen beauftragten

65 Vgl. Schwab: Kirche leben, S. 19.

66 Z. B. „Rede an die deutsche Jugend“ mit handschriftlicher Widmung „Gruss dir, Rokki!“ sowie handschriftlicher Notiz Rommerskirchens auf dem Titelblatt: „Ein [sic!] ‘typische’ Wolker-Ansprache – meisterhaft!“, in: ACDP 01-234-026/2.

67 Kopie des auf den 5. Juli 1937 datierten Zeugnisses, in: ACDP 01-234-029/1.

68 Kopie, in: ACDP 01-234-026/2.

69 Vgl. Typoskript „Gründung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend“. Dort auch eine persönlich gefärbte Schilderung der Gespräche in Hardehausen sowie die Tagesordnung der Konferenz.

Geistlichen eine starke Stellung verschaffte. Die erste Bundesordnung des BDKJ von 1948 unterschied zwischen dem „Stamm“ als den Gemeinschaften in Pfarreien, Dekanaten und Diözesen und den durch die Bünde repräsentierten „Gliederungen“, z. B. die Christliche Arbeiterjugend, die Kolpingjugend, den Bund Neudeutschland und den Quickborn. Gemeinsam sollten sie eine „Lebensgemeinschaft, Erziehungsgemeinschaft, Notgemeinschaft und Tatgemeinschaft“ bilden.⁷⁰

Im Rahmen einer umfangreichen Reisetätigkeit als Bundesführer knüpfte Rommerskirchen in zahlreichen Ansprachen, Referaten und Grußworten an die im Rahmen der Kriegsgefangenenakademie formulierten Grundgedanken an und forderte die katholischen Jugendlichen auf, sich aus christlicher Überzeugung und Verantwortung heraus in Staat, Kirche und Gesellschaft zu engagieren.⁷¹ Nicht zuletzt das Erbe des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus verpflichtete zu gesellschaftlichem und politischem Engagement. In einer Gedenkrede für den im September 1944 hingerichteten katholischen Pfarrer Joseph Müller⁷² erklärte er: „Gerade wir jungen Menschen, die wunderbar aus dem Feuerofen des Verderbens errettet wurden, gerade wir haben die Pflicht, dienend und wachsam um ein Leben in Eintracht und Brüderlichkeit bemüht zu sein. [...] Es ist uns nicht das Leben erhalten geblieben oder in wunderbarer Errettung neu geschenkt worden, damit wir die Hände in den Schoß legen oder, wenn wir sie am Pflug haben, immerzu rückwärts schauen.“⁷³

Über das Selbstverständnis des BDKJ hielt er auf dem Katholikentag 1948 in Mainz eine programmatische Ansprache, in der sich bereits die Tendenz einer stärkeren Gewichtung der „Gliederungen“ abzeichnete, die sich in den folgenden Jahren noch verstärken und für Reibereien innerhalb des BDKJ sorgen sollte.⁷⁴ Darin begegnete Rommerskirchen offenkundig laut gewordenen Vorwürfen, der BDKJ erreiche nur eine kleine Minderheit der katholischen Jugend, mit dem Hinweis auf die Skepsis, die viele junge Menschen aufgrund der Erfahrungen der NS-Zeit gegenüber Organisationen entwickelt hätten, sowie auf grundsätzliche Vorbehalte gegenüber einer konfessionell geprägten

70 Vgl. den knappen Abriss der Gründungsgeschichte des BDKJ bei Martin Schwab: Kirchlich. Kritisch. Kämpferisch. Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) 1947–1989. Würzburg 1994, S. 20–34, das Zitat S. 31. Ausführlicher Ders.: Kirche leben, S. 25–43, zur Konferenz von Hardehausen 33ff.

71 Siehe etwa den in diesem Sinne programmatischen Titel eines Vortrags „Junger Christ – kennst du deine Verantwortung im öffentlichen Leben?“. Undatiertes Stichwortmanuskript, in: ACDP 01-234-010/1.

72 Zu Müller Th. Scharf-Wrede: Pfarrer Joseph Müller, in: Helmut Moll (Hg.): Zeugen für Christus. Bd. 1. Paderborn u. a. 1999, S. 267–270.

73 Manuskript der Ansprache, in: ACDP 01-234-010/1.

74 Schwab: Kirchlich. Kritisch. Kämpferisch, S. 34ff.

Jugendorganisation. Zudem handele es sich um ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, wie sich im ebenfalls mangelhaften politischen Engagement vieler erwachsener Bürger zeige. Man könne daher billigerweise von den katholischen Jugendverbänden nicht erwarten oder gar verlangen, hier „eine wirklich bahnbrechende Abhilfe“ zu schaffen. Deren Aufgabe sei es vielmehr, „alle Wege und alle Mittel [zu] ergreifen [...], um möglichst viele ansprechbar zu machen für die von uns Dank der Gnade Gottes erkannten und geschätzten natürlichen und übernatürlichen Werte christlichen Lebens“. Eine wichtige Funktion käme hier den „Milieugemeinschaften“ wie etwa der Christlichen Arbeiterjugend⁷⁵ zu, „die einen ausdrücklichen Vorstoß in den Bereich der artgleichen Jugendlichen außerhalb der eigenen Reihen unternehmen“. Man trachte danach, eine solche „Breitenarbeit“ mit „den Formen der festgefügtten Jugendgemeinschaften“ zu verbinden und bediene sich daher unterschiedlichster Formen des Gemeinschaftslebens. Dies schließe auch die „sinnvolle Begegnung“ junger Frauen und Männer ein, während man Koedukation ebenso ablehne „wie die geselligen Veranstaltungen von minderjährigen Jungen und Mädchen“. Da man trotz dieser breiten Herangehensweise niemals auch nur annähernd die Zahl der Getauften erreichen werde, sei die Beteiligung an sozialcaritativer Hilfe ebenso erforderlich wie – wo möglich und vertretbar – die Zusammenarbeit mit anderen deutschen Jugendorganisationen. Letzteres sei auf überzionaler Ebene eine schwierige Angelegenheit, v. a. mit Blick auf die im Grunde kommunistische Freie Deutsche Jugend (FDJ). Auf den unteren Ebenen hingegen „gedeiht die Zusammenarbeit recht erfreulich“.⁷⁶

Aus letzterem dürften auch die Erfahrungen eines Treffens sprechen, zu dem auf Einladung Rommerskirchens Vertreter der verschiedenen deutschen Jugendverbände vom 3. bis 5. November 1947 in Altenberg zusammen gekommen waren, wo sich die Hauptstelle des BDKJ befand. Als Vertreter der FDJ in der Sowjetischen Besatzungszone hatten daran auch der spätere Staats- und Parteichef der DDR bzw. der SED, Erich Honecker, sowie seine damalige Frau, Edith Baumann, teilgenommen. Bei den Gesprächen, die offenbar nicht protokolliert wurden und deren rückblickende Deutung durch die seinerzeitigen Protagonisten natürlich gegensätzlich ausfiel,⁷⁷ ging es in erster Linie um

75 1946 war der deutsche Zweig der 1925 in Brüssel von Joseph Cardijn gegründeten CAJ ins Leben gerufen worden.

76 Manuskript, in: ACDP 01-234-010/1.

77 Vgl. Die Auseinandersetzungen um einen Deutschen Jugendring – Das „Altenberger Gespräch“ 1947. Rückblicke, Einschätzungen, Meinungen von Erich Honecker. Josef Rommerskirchen und Heinz Westphal, in: Deutscher Bundesjugendring (Hg.): Kein Alter zum Ausruhen – 40 Jahre Deutscher Bundesjugendring. Düsseldorf 1989, S. 7–24. Nach der Wiedervereinigung tauchte im Archiv der FDJ eine Darstellung des Gesprächs auf. Vgl. FDJ-Protokoll über das Gespräch deutscher Jugendführer im Haus Altenberg, November

die Schaffung eines gesamtdeutschen Jugendrings, der v. a. von der FDJ propagiert wurde, welcher der Aufbau einer flächendeckenden Organisation in den Westzonen nicht gelungen war und die auf diesem Wege ihren Einfluss dort zu erhöhen hoffte.⁷⁸ Zudem entsprach ihre Propaganda für die „Einheit der deutschen Jugend“ der damaligen deutschlandpolitischen Linie von UdSSR und SED.⁷⁹ Weitere Motive waren der propagandistische Erfolg, den die Gründung eines gesamtdeutschen Jugendrings bzw. ernsthafte Gespräche hierüber für die FDJ bedeutet hätten sowie die damit verbundene Aufwertung ihrer führenden Repräsentanten gegenüber SED und Sowjetischer Militäradministration.⁸⁰ Der BDKJ begründete seine Zustimmung zu einer solchen Zusammenkunft in seinem Informationsdienst damit, dass man das Drängen der FDJ nicht habe ignorieren können, da dies „als Intoleranz“ hätte interpretiert werden können und „die Aufforderung zu solcher Zusammenkunft angesichts der großen materiellen und geistig-seelischen Not durchaus gerechtfertigt“ erscheine.⁸¹ Im Laufe der z. T. hitzigen Gespräche lehnten v. a. Rommerskirchen für den BDKJ und Heinz Westphal für die „Falken“⁸² konkrete Schritte zur Schaffung einer gesamtdeutschen Jugendvertretung unter den gegebenen Umständen ab, auch mit Hinweis auf die Haltung der britischen Militärregierung, die erklärt habe, die lediglich „halboffizielle Besprechung“ dürfe „keinerlei konstruierenden Charakter“ hinsichtlich einer zonenübergreifenden Zentralinstanz der deutschen Jugendverbände habe.⁸³ Stattdessen griffen sie die politischen Verhältnisse in der SBZ, wo eine Jugendarbeit „frei von Furcht“ nicht möglich sei, an und forderten immer wieder, die FDJ solle sich für die Freilassung Inhaftierter – etwa des bereits seit März inhaftierten Vertreters der katholischen

1947, in: Michael Herms/Karla Popp: Westarbeit der FDJ 1946–1989. Eine Dokumentation. Berlin 1997, S. 45–60.

- 78 Vgl. hierzu sowie zum Folgenden Deutscher Bundesjugendring: Gesellschaftliches Engagement und politische Interessevertretung – Jugendverbände in der Verantwortung. 50 Jahre Deutscher Bundesjugendring. Berlin 2003, S. 172–183.
- 79 Arno Klönne: „Jugendeinheit – Deutsche Einheit“. Die Bemühungen um eine gesamtdeutsche Jugendvertretung 1946–1948, in: Deutschland Archiv 21 (1988), S. 624–633, hier S. 627. Dort auch die Vorgeschichte des „Altenberger Treffens“.
- 80 Deutscher Bundesjugendring: Gesellschaftliches Engagement und politische Interessevertretung, S. 174.
- 81 Zit. ebd., S. 176.
- 82 Zur Frühgeschichte der „Falken“ vgl. Roland Gröschel: Zwischen Tradition und Neubeginn. Sozialistische Jugend im Nachkriegsdeutschland. Entstehung, Aufbau und historische Wurzeln der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken. Mit einer Einführung von Arno Klönne. Hamburg 1986.
- 83 So Rommerskirchen ausweislich des Berichts der FDJ-Führung. Vgl. Herms/Popp: Westarbeit der FDJ, S. 47.

Jugend im Zentralrat der FDJ, Manfred Klein⁸⁴ – sowie für unbeschränkte Koalitionsfreiheit der Jugend in der SBZ einsetzen.⁸⁵ Heinz Westphal notierte rückblickend, er und Rommerskirchen seien sich im Klaren gewesen, „dass eine Bereitschaft unsererseits, einen Jugendring für ganz Deutschland entstehen zu lassen, in dem der ganze östliche Teil des Landes durch eine von den dortigen Machthabern privilegierte Einheitsorganisation repräsentiert würde, ein Verrat an der jungen Generation in der Sowjetischen Besatzungszone gewesen wäre“.⁸⁶ Nachträgliche Vorhaltungen, die maßgeblichen westdeutschen Jugendvertreter hätten damals eine Chance verpasst, sich gar ohne Not „zu Aktivisten des Kalten Krieges“ gemacht,⁸⁷ sind angesichts des begrenzten Handlungsspielraums der Jugendverbände unter Besatzungsherrschaft sowie angesichts der Verhältnisse in der SBZ unhaltbar, ja abwegig.⁸⁸

Aus der Perspektive der katholischen Jugend in der Sowjetisch Besetzten Zone kann man das damalige Verhalten des BDKJ und Rommerskirchens indes durchaus kritisch betrachten. Schon eine in Hardehausen kurz nach der Verhaftung Manfred Kleins verabschiedete „Entschließung der deutschen katholischen Jugend zum Brandenburger Jugendparlament der FDJ“, in der man bei aller Kritik, v. a. am Anspruch der FDJ, Vertreterin der gesamten deutschen Jugend zu sein, eine grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit hatte erkennen lassen,⁸⁹ hatte die Stellung des innerhalb der SED ob seines kompromisslosen Vorgehens durchaus umstrittenen Erich Honecker gefestigt.

84 Michael Richter: Jugend zwischen den Diktaturen. Manfred Klein und die christlich-demokratische Jugendopposition in der SBZ, in: Historisch-Politische Mitteilungen 14 (2007), S. 67–78. Vgl. auch seine Erinnerungen: Manfred Klein: Jugend zwischen den Diktaturen 1945–1956. Mainz 1968.

85 Deutscher Bundesjugendring: Gesellschaftliches Engagement und politische Interessenvertretung, S. 178ff.; Klönne: Jugendeinheit – Deutsche Einheit, S. 631f. Zum Verhältnis von katholischer Jugend und FDJ in der SBZ vgl. Wolfgang Tischner: Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1951. Die Formierung einer Subgesellschaft im entstehenden sozialistischen Staat (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 90). Paderborn u. a. 2001, S. 323–349, zur Verhaftung Kleins S. 344.

86 Heinz Westphal: Jugend braucht Demokratie. Demokratie braucht Jugend. Rostock 1994, S. 63.

87 So etwa Manfred Kappeler: Jugendverbände im Ost-West-Konflikt: Die Beziehungen zwischen den Jugendverbänden in den „Westzonen“ und der FDJ in der Gründungsphase des Bundesjugendringes, in: Helga Gotschlich (Hg.): „Links und links und Schritt gehalten.“ Die FDJ: Konzepte – Abläufe – Grenzen. Berlin 1994, S. 32–57, hier S. 34.

88 Deutscher Bundesjugendring: Gesellschaftliches Engagement und politische Interessenvertretung, S. 182.

89 Wortlaut u. a. in: Werner Dolata: Chronik einer Jugend. Katholische Jugend im Bistum Berlin 1936–1949. Hildesheim 1988, S. 254f. Rund zehn Wochen vor dem „Altenberger Treffen“ hatte Rommerskirchen an Dolata mit Blick auf den kommunistischen Einfluss in der FDJ und deren Unterstützung durch Moskau geschrieben: „Katholische Jugend ist nicht bereit, mit dem Antichristen ein Bündnis einzugehen, mit ihm gibt’s keine Zusammenarbeit.“ Brief vom 28. August 1947, abgedruckt ebd., S. 279ff., das Zitat S. 281.

Die Einladung nach Altenberg, mit der er als gleichrangiger Gesprächspartner akzeptiert wurde, verstärkte dies noch und erleichterte so letztlich die Gleichschaltungsbemühungen der FDJ in der SBZ.⁹⁰ Ob dies den Akteuren auf westlicher Seite damals bewusst gewesen ist, bleibt dahingestellt.

Entsprechend seiner Überzeugung, dass die Zusammenarbeit mit anderen Jugendverbänden, so sie demokratisch orientiert seien, eine unabweisbare Notwendigkeit sei, war Rommerskirchen als Bundesführer des BDKJ 1949 einer der Mitgründer des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) und bis 1952 dessen erster Vorsitzender.⁹¹ Er habe den DBJR „wesentlich als Dienst zum Wohl der Gesamtjugend und als Begegnungsstätte von Kräften unterschiedlicher Prägung und Bindung zur Bezeugung der Toleranz“ angesehen. Ein weiteres Motiv sei gewesen, dass im Kalten Krieg allgemein und in der Frontstellung gegenüber den Kommunisten in Deutschland im Besonderen die „Zusammenarbeit mit allen Gutgewillten mehr denn zuvor“ erforderlich gewesen sei.⁹² Er habe die Arbeit in und für den Ring daher „als die wichtigste, geradezu entscheidende Aufgabe angesehen und ihr Jahre hindurch meinen besten Willen und die ganze Kraft geschenkt.“ Angesichts einer zunehmenden politischen Instrumentalisierung, in deren Verlauf sich v. a. die „Falken“ zum „Stoßtrupp der SPD“ entwickelt hätten, sei er erst „in den letzten Monaten vor meinem Ausscheiden nicht mehr so sehr, vor allem nicht mehr so froh wie zuvor bei der Sache“ gewesen.⁹³ Bemerkenswert bleibt aus heutiger Sicht trotz solcher Irritationen, wie gut offenbar die Zusammenarbeit der weltanschaulich unterschiedlichen Verbände und ihrer Protagonisten damals funktionierte, bis hin zur Entstehung ein Leben lang haltender Freundschaften. So blieb Rommerskirchen mit Heinz Westphal, dem späteren Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages und kurzzeitigen Bundesarbeitsminister (SPD), der bis Ende der 1950er Jahre hinein eine führende Rolle in der „Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken“ spielte und einer seiner Nachfolger im Vorsitz des Bundesjugendrings wurde, bis zu dessen Tod freundschaftlich verbunden.⁹⁴

Sowohl als BDKJ-Vorsitzender wie als Vorsitzender des Bundesjugendrings warb Rommerskirchen intensiv für den Gedanken eines vereinten, mit sich versöhnten Europa. Er brachte damit eine verbreitete Stimmung in nahezu

90 Vgl. Tischner: Katholische Kirche in der SBZ/DDR, S. 345f.

91 Vgl. die Materialien, in: ACDP 01-234-015/2, -023/1. Zur Gründungsgeschichte Deutscher Bundesjugendring: Gesellschaftliches Engagement und politische Interessenvertretung, S. 184–234.

92 „Woher und wohin“, in: ACDP 01-234-024/1.

93 Schreiben an Heinrich Köppler vom 11. September 1953, ebd.

94 Rommerskirchen nannte Westphal in einem Kondolenzschreiben an die Witwe „einen meiner besten Freunde“. Brief vom 8. November 1998, in: ACDP 01-234-027/1.

allen deutschen Jugendverbänden zum Ausdruck. Westphal schrieb rückblickend, „daß das Thema der europäischen Vereinigung wie eine Welle durch die Jugendarbeit unseres Landes“ gegangen sei. Nur wenige Jahre nach Kriegsende seien die deutschen Jugendorganisationen „überall anerkannt und aufgenommen, ja mitverantwortlich in internationalen Organisationen“ gewesen.⁹⁵ In der Tat liegt die Bedeutung der Jugendverbände in der jungen Bundesrepublik zu einem erheblichen Teil darin, dass sie maßgeblich daran beteiligt waren, die Isolation Deutschlands als Folge des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust zu überwinden.

Für Rommerskirchen persönlich brachte eine der ersten Auslandsreisen als BDKJ-Vorsitzender den wahrscheinlich spektakulärsten Auftritt seines Lebens: Im September 1948 nahm er an den Feierlichkeiten zum 80-jährigen Bestehen der Gioventu Italiana di Azione Cattolica teil. Als im Rahmen einer nächtlichen Jubiläumsfeier auf dem Petersplatz Vertreter aller Kontinente vor ca. 200.000 Teilnehmern ihre Grüße überbrachten, kam ihm die Rolle zu, für Europa zu sprechen. Er deutete die Übertragung dieser Aufgabe und sowie den „brausenden Beifall als Beweis des Vertrauens allen deutschen Brüdern und Schwestern“.⁹⁶ Am folgenden Tag wurde in Rom unter Beteiligung Rommerskirchens der „Weltbund der Katholischen Jugend“ gegründet, der v. a. die Verwirklichung des Laienapostolats auf seine Fahnen schrieb.⁹⁷

Drei Jahre später spielte er als Vorsitzender des Bundesjugendrings, der die organisatorische Leitung übernommen hatte, eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung und Durchführung eines mehrwöchigen, von der französischen Besatzungsmacht initiierten europäischen Jugendtreffens an symbolträchtigem Ort auf der Loreley (22. Juli bis 6. September 1951) mit mehreren 10.000 Teilnehmern. Die Hauptkundgebung am 19. August, auf der u. a. André François-Poncet und Vizekanzler Franz Blücher sprachen, stand unter dem Motto „Jugend baut Europa“. Wenngleich schon die zeitgenössische Beurteilung der Veranstaltung zwiespältig ausfiel und die hochgesteckten Erwartungen, „eine begeisterungsfähige europäische Jugendbewegung zu schaffen, die als

95 Jugendverbände und der Deutsche Bundesjugendring auf dem Weg in die internationale Gemeinschaft, in: Jürgen Reulecke (Hg.): Rückkehr in die Ferne. Die deutsche Jugend in der Nachkriegszeit und das Ausland (Materialien zur historischen Jugendforschung). Weinheim u. a. 1997, S. 103–123, hier S. 119, S. 122.

96 Zeitungsartikel Rommerskirchens, ohne Erscheinungsort und -datum, in: ACDP 01-234-026/1. Das Originalmanuskript des in italienischer Sprache gehaltenen Grußworts mit handschriftlicher deutscher Übersetzung, ebd.

97 Vgl. Carlo Corretto: „5 Jahre Weltbund der Katholischen Jugend“. Undatierter Zeitungs-ausschnitt, ebd. Im Nachlass findet sich ein Manuskript Ludwig Wolkers mit der Überschrift „Die Fahrt nach Rom. Bilder und Gedenken von der Fahrt der deutschen Delegation zum Jubiläumstreffen der Jugend der katholischen Aktion Italiens im September 1948“, in: ACDP 01-234-019/2.

dynamisches Element den europäischen Einigungsprozess hätte begleiten und stützen können“, letztlich nicht erfüllt wurden,⁹⁸ so stellte das Treffen doch für den Bundesjugendring einen Höhepunkt seines Engagements für die europäische Einigung dar.⁹⁹ Dieses Engagement war auch für Rommerskirchen persönlich einer der Fixpunkte seiner Tätigkeit als hauptamtlicher Jugendfunktionär – und sollte es sein gesamtes Leben hindurch bleiben. Ein Grußwort in der Abschlussveranstaltung eines Diözesanführertreffens des BDKJ in Köln am 28. September 1952 schloss er in Anwesenheit von Bundeskanzler Konrad Adenauer mit dem Bekenntnis: „Für Christi Reich und ein freies, einiges Deutschland im Vereinigten Europa!“¹⁰⁰ 1955 beendete er eine Ansprache in einer Jugendversammlung, die unter dem Motto „Jugend von heute, Träger der Verantwortung von morgen“ stand, mit der Aufforderung: „Darum lasst uns aufs neue als Aufgabe bekennen: Deutschland, das ganze Deutschland unsere Heimat – Europa, das Vereinigte Europa unser Vaterland!“¹⁰¹

Das Eintreten für ein einiges Europa hing nicht zuletzt eng mit der Wiederbewaffnungsfrage zusammen, denn dass die „geschundene Generation der Arbeitsdienstmänner, Frontsoldaten und Flakhelfer“ einen bundesdeutschen Verteidigungsbeitrag schließlich akzeptierte, war zu einem nicht geringen Teil der Europa-Idee zu verdanken.¹⁰² Seit spätestens 1950 auf der politischen Tagesordnung stehend, wurde die Frage eines bundesdeutschen Verteidigungsbeitrages auf der 6. Vollversammlung des Bundesjugendringes vom 25. bis 27. April 1952 in Elmstein in der Pfalz intensiv diskutiert. Während die übrigen Jugendverbände, mit Ausnahme der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg, sich ablehnend oder indifferent verhielten,¹⁰³ bekannte sich der BDKJ in der berühmt gewordenen „Elmstein-Erklärung“ angesichts der weltpolitischen Lage zur Notwendigkeit eines solchen Beitrages. Auch hierin betonte man zunächst die Notwendigkeit „einer europäischen Solidarität“ und der

98 Gerhard Brunn: Das Europäische Jugendtreffen 1951 auf der Loreley und der gescheiterte Versuch einer europäischen Jugendbewegung, in: Reulecke: Rückkehr in die Ferne, S. 81–101, hier S. 100.

99 Zu Vorgeschichte, Ablauf und Bewertung des Treffens vgl. ebd. sowie Jacqueline Plum: Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1955. Jugendpolitik und internationale Begegnungen als Impulse für Demokratisierung und Verständigung. Wiesbaden 2007, S. 199–212, hier v. a. S. 210f. Einen Eindruck von den vielfältigen Aktivitäten im Rahmen des Treffens geben zahlreiche Fotos im Nachlass, vgl. ACDP 01-234-027/2.

100 Manuskript, in: ACDP 01-234-010/1.

101 Unbetitelt, undatiertes Manuskript (mit handschriftlich nachgetragener Jahreszahl „1955“), in: ACDP 01-234-010/1.

102 Kleinmann: Geschichte der CDU, S. 215.

103 Vgl. die gesammelten Stellungnahmen der verschiedenen Mitgliedsverbände des DBJR zum Thema „Verteidigungsbeitrag“, in: ACDP 01-234-013/3. Dort auch Pressestimmen und weitere Verlautbarungen des BDKJ und Rommerskirchens.

Aufgabe, „die im Werden begriffene europäische Gemeinschaft mehr und mehr festigen zu helfen“. Die nicht zu verkennende äußere Gefährdung, nämlich „das Streben des totalitären und atheistischen Kommunismus nach Weltherrschaft“ führe dazu, dass man zur Sicherung und Weiterentwicklung „der bisherigen großen Nachkriegserfolge“ aber auch die „militärische Abwehrbereitschaft“ brauche. Sollte also das Parlament als „die legale politische Autorität [...] nach wahrhaftiger und verantwortlicher Prüfung der Gegebenheiten und Notwendigkeiten eine Beteiligung Deutschlands an einem europäischen militärischen Verteidigungsbeitrag beschließen, so halten wir es für unsere Pflicht gegenüber Volk und Staat, die entsprechenden Konsequenzen mitzutragen“. Man erwarte natürlich, „daß alle Verteidigungsmaßnahmen ausschließlich der Verhinderung des Krieges und damit einzig dem Frieden dienen“. Zudem müssten die Soldaten „vor der Forderung eines blinden Gehorsams und vor Rechtlosigkeit geschützt“ sowie „selbstverständlich die Gewissensfreiheit des einzelnen in der Frage der Kriegsdienstverweigerung“ geachtet werden.¹⁰⁴ Dementsprechend folgte im Herbst 1953 eine „Stellungnahme zu Fragen des Inneren Gefüges der deutschen Streitkräfte“,¹⁰⁵ die in ihren Grundzügen dem späteren Modell der Inneren Führung entsprach.¹⁰⁶ Der BDKJ vertrat damit eine ähnliche Haltung wie die Junge Union, deren Vorsitzender Ernst Majonica die Zustimmung der Organisation zu einem deutschen Wehrbeitrag stets mit dem Hinweis verband, man wolle niemals wieder „eine Wehrmacht im alten Stil“, sondern den „Staatsbürger in Uniform“.¹⁰⁷ Unter diesen Voraussetzungen waren die beiden mitgliederstarken Organisationen bereit, einem deutschen Verteidigungsbeitrag als Konsequenz der Entwicklung des Ost-West-Konflikts nicht nur zuzustimmen, sondern aktiv für ihn einzutreten. Angesichts der ge-

104 Wortlaut in: Katholische Jugend und der Verteidigungsbeitrag. Stellungnahme des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend zu Fragen der Wiederbewaffnung und Soldatenbetreuung (Altenberger Dokumente. Quellenschriften zur katholischen Jugendseelsorge und Jugendführung 16). Hg. vom Bundespräses Willy Bokler für die Hauptarbeitsstelle für Jugendseelsorge und die Hauptstelle des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend. Düsseldorf 1956, S. 6–9. Rommerskirchen erklärte wiederholt mit Blick auf mögliche bundesdeutsche Streitkräfte, es gelte dafür Sorge zu tragen, dass „dieses notwendige Übel kein preußischer Barras werde“. Vgl. Handanlegen ist besser als schöne Worte. Josef Rommerskirchen sprach zur Katholischen Jugend Stuttgarts, in: Katholisches Sonntagsblatt Rottenburg, 3. Februar 1952.

105 Wortlaut ebd., S. 13–31.

106 Vgl. zum Gesamtzusammenhang Anselm Doering-Manteuffel: Katholizismus und Wiederbewaffnung. Die Haltung der katholischen Kirche gegenüber der Wehrfrage (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte Reihe B: Forschungen 32). Mainz 1981, S. 213–223.

107 Vgl. Ernst Majonica: Das politische Tagebuch 1958–1972. Bearbeitet von Hans-Otto Kleinmann und Christopher Beckmann (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 55). Düsseldorf 2011, S. XVII.

sellschaftlichen und politischen Brisanz des Themas Wehrbeitrag ist die „Elmstein-Erklärung“, der nach Aussage Rommerskirchens intensive „Beratungsgespräche mit Moralthologen“ vorausgingen,¹⁰⁸ mit Recht als „die bedeutendste politische Stellungnahme in der Geschichte des BDKJ“ bezeichnet worden.¹⁰⁹

Bundeszentrale für Politische Bildung I

Da für Josef Rommerskirchen als Mittdreißiger das Ende seiner Tätigkeit als hauptamtlicher Jugendfunktionär absehbar war, musste er sich ab Anfang der 1950er Jahre verstärkt Gedanken um seine berufliche Zukunft machen. Diese sah er im Bereich der politischen Bildung. Nachdem es zuvor vermutlich einige informelle Kontakte gegeben hatte, bekundete er im Juni 1952 brieflich gegenüber Paul Franken,¹¹⁰ dem ersten Direktor der kurz zuvor errichteten Bundeszentrale für Heimatdienst, wie die Bundeszentrale für Politische Bildung damals noch hieß, sein „grundsätzliches Interesse“ an einer Tätigkeit dort. Er habe in seinen bisherigen Positionen den Arbeitsschwerpunkt „auf die staatspolitische Erziehung und Schulung gelegt“ und sich so bemüht, „der jungen Demokratie einen festen Unterbau zu geben im Bewusstsein ihrer Bürger und vor allem ihrer Jugend“.¹¹¹ Kurze Zeit darauf erklärte er, an einer Position in der Bundeszentrale „sehr interessiert“ zu sein.¹¹² Am 1. November 1952 begann er seine Tätigkeit als Leiter des Referats „Demokratische und europäische Organisationen“, das für die Unterstützung von Bildungseinrichtungen und Verbänden zuständig und somit für den Aufbau der politischen Bildungsarbeit in der jungen Bundesrepublik von erheblicher Bedeutung war. Die Bundeszentrale bediente sich in den ersten Jahren ihrer Tätigkeit bevorzugt einer „indirekten Methode“ angesichts zu erwartender Vorbehalte gegenüber staatlich gelenkter politischer Erziehung. Man unterstützte Bildungsmaßnahmen, die dem eige-

108 Josef Rommerskirchen: Den Frieden sichern. Die Kirche in den Auseinandersetzungen um den Verteidigungsbeitrag in den fünfziger Jahren, in: Kehrt um und glaubt – erneuert die Welt. 87. Deutscher Katholikentag vom 1. September bis 5. September 1982 in Düsseldorf. Die Vortragsreihen: Gestalten des Glaubens – Zeugen des Glaubens – Fragen zur Zeitgeschichte nach 1945. Paderborn 1982, S. 165–176, hier S. 170.

109 Schwab: Kirche leben, S. 65.

110 Zu Franken vgl. Michael F. Feldkamp: Paul Franken (1903–1984). Direktor der Bundeszentrale für politische Bildung, in: Günter Buchstab/Brigitte Kaff/Hans Otto Kleinmann (Hg.): Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union. Freiburg/Breisgau 2004, S. 172–178 sowie Stephen Schröder: Dr. Paul Franken (1903–1984). Ein katholischer Akademiker in den rheinischen Widerstandskreisen, in: Historisch-Politische Mitteilungen 17 (2010), S. 175–204.

111 Rommerskirchen an Franken, 14. Juni 1952, in: ACDP 01-234-006/2.

112 Rommerskirchen an Franken, 25. Juni 1952, ebd.

nen Selbstverständnis und Auftrag entsprachen, bemühte sich aber, selbst „so wenig wie möglich nach außen hin in Erscheinung zu treten.“¹¹³ Kurz nach seinem Eintritt in die Bundeszentrale siedelte Rommerskirchen mit seiner inzwischen vielköpfigen Familie – das sechste Kind war zu diesem Zeitpunkt unterwegs – nach Bonn um. Mit Franken, den er rückblickend als „meinen großen Lehrmeister“ bezeichnete,¹¹⁴ verband ihn bald ein freundschaftliches Verhältnis.

Rommerskirchen sah in der Stärkung des demokratischen Fundaments die zentrale Aufgabe von politischer Bildung im Allgemeinen und der Bundeszentrale im Besonderen.¹¹⁵ In einem Vortrag über „Politische Bildung heute“ am 13. Mai 1955 in der hessischen Heimvolkshochschule „Haus Schwalbach“¹¹⁶ legte Rommerskirchen sein Verständnis von den Aufgaben politischer Bildung in der jungen westdeutschen Demokratie dar. Hierin finden sich zentrale Elemente wieder wie die antitotalitäre Ausrichtung, die Inanspruchnahme der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 als Ahnherren der bundesdeutschen Demokratie, die Leitbilder der wehrhaften Demokratie und des mündigen Bürgers sowie der Gedanke der internationalen Zusammenarbeit, v. a. im (west-)europäischen Rahmen. Notwendig sei es zum einen, sowohl „Geist und Praxis des Nationalsozialismus [...] gründlich zu durchleuchten“ als auch, „die geistigen und politischen Grundlagen der westlichen Lebensordnung mit denen des Bolschewismus zu konfrontieren“. Zum anderen müsse man, das „Siegergeschenk“ der Demokratie „freiwillig bejahen und ihr eine Gestalt geben, deren wir uns nicht zu schämen brauchen“ (S. 2f.). Angesichts der tiefgreifenden Veränderungen der zurückliegenden Jahre gehe es um „Erziehung und Bildung zum „Mitbürger“, der ein Maximum an Gemeinsamkeit innerhalb der Gesellschaft anstrebe und Toleranz sowie Bereitschaft „zur geistigen Begegnung mit dem Andersdenken“ entwickle (S. 4), sodann zum „Staatsbürger“, der sich am Gemeinwohl orientiere, um die Verfassungsgrundlagen sowie „die entscheidenden staatlichen Struktur- und Gestaltungsgrundsätze“ wisse und diese mit Mut und Zivilcourage verteidige

113 „Memorandum über Organisation und Aufgaben der Bundeszentrale“ vom 20. August 1952. Zit. nach Benedikt Widmaier: Die Bundeszentrale für politische Bildung. Ein Beitrag zur Geschichte staatlicher politischer Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Magisterarbeit Universität Heidelberg (Beiträge zur Politikwissenschaft 35). Frankfurt/Main 1987, S. 40f.

114 Ermutigendes Vertrauen erlebt, in: Das Parlament, Nr. 9–10, 28. Februar/7. März 1981.

115 In diesem Sinne auch Siegfried Schiele: Politische Bildung im öffentlichen Auftrag – Die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung, in: Gotthard Breit/Ders. (Hg.): Demokratie braucht politische Bildung. Schwalbach 2004, S. 257–266.

116 Typoskript, in: ACDP 01-234-024/1. Zur Geschichte der Bundeszentrale vgl. Widmaier: Die Bundeszentrale für politische Bildung.

(S. 5). Schließlich bedürfe die junge Demokratie des „Weltbürgers“, der nicht „den deutschen Standpunkt grundsätzlich zum Mittelpunkt der Betrachtung macht“, in der Lage sei, die deutsche Lage in weltpolitische Zusammenhänge einzuordnen und aufhöre, „Selbstbewusstsein [...] durch Selbstbezogenheit, Selbstsicherheit durch Kraftmeierei zu ersetzen“ (S. 7). Rommerskirchen teilte offenkundig die damals verbreitete Auffassung, wonach politischer Bildung die Funktion eines „positiven Verfassungsschutzes“ zukomme.¹¹⁷

Bei späterer Gelegenheit umschrieb er die Ziele politischer Bildungsarbeit mit dem Dreiklang „docere – educare – movere“. Aufgabe sei es, „Wissen zu vermitteln und Wollen zu erzeugen, das Erkennen zu bereichern, das Sein zu vertiefen und das Tun zu aktivieren“. Notwendig sei vor allem die Entwicklung eines „lebendigen Geschichtsbewusstseins“, um den „Mut zur Gestaltung der Gegenwart und Fundierung der Zukunft zu finden“.¹¹⁸

In einem Rückblick anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Bundeszentrale 1977 nannte er neben der „Hinführung zur Verantwortungsbereitschaft als Staatsbürger“ und der Vermittlung des „europäische[n] Gedanken[s] mit dem Ziel der politischen Union“ die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und „die ungeschminkte Klärung dessen, was gewesen war und wie es dazu kam“ als seinerzeit wichtigste Aufgaben politischer Bildung. Hinzu käme – als bleibende Aufgabe – die geistig-politische Auseinandersetzung mit antidemokratischen Bestrebungen der Gegenwart.¹¹⁹ Noch als Pensionär betonte er: „Jede Mark, die im Bereich anerkannter Bemühungen der politischen Bildung gespart wird, missachtet den Grundsatz: Vorbeugen ist besser als heilen.“¹²⁰

Mitglied des Deutschen Bundestages

Bei der Bundestagswahl 1957 hatte Rommerskirchen erstmals auf der Landesliste Nordrhein-Westfalen für den Deutschen Bundestag kandidiert. Aufgrund des historisch einmalig guten Wahlergebnisses verpasste er trotz des eigentlich aussichtslosen Platzes 63 den Einzug ins Parlament nur knapp. Als kurz nacheinander zwei nordrhein-westfälische Unionsabgeordnete wegen Tod bzw. Krankheit aus dem Bundestag ausschieden, rückte er mit Wirkung vom 12. Dezember 1960 nach.¹²¹ Bei den folgenden vier Bundestagswahlen

117 Ebd., S. 29.

118 Diskussionsbeitrag auf der Tagung des Arbeitskreises für politische Jugendbildung am 21. April 1959 im Jugendhof Vlotho. Durchschlag des überarbeiteten Manuskripts, in: ACDP 01-234-010/1.

119 Undatiertes Typoskript (mit handschriftlichem Zusatz „1977“), in: ACDP 01-234-024/1.

120 Gespräch mit Elke Bahr, S. 204.

121 Mitteilung des Bundeswahlleiters an Rommerskirchen vom 12. Dezember 1960, in: ACDP 01-234-028/2.

gewann er jeweils mit großem Vorsprung den Wahlkreis Neuss-Grevenbroich. Im Parlament engagierte er sich vor allem im Bereich der Verteidigungspolitik und wurde ordentliches Mitglied des entsprechenden Ausschusses. Außerdem gehörte er dem Ausschuss für Familien- und Jugendfragen sowie zeitweilig dem Ausschuss für Kulturpolitik und Publizistik sowie dem Sportausschuss an.¹²² Als im November 1964 der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Hellmuth Heye, nach einigen skandalösen Vorfällen in der Bundeswehr, an die sich heftige Diskussionen um den inneren Zustand der Truppe und die Rolle des Wehrbeauftragten angeschlossen hatten, von seinem Amt zurücktrat,¹²³ wurde u. a. Rommerskirchen als möglicher Nachfolger ins Spiel gebracht.¹²⁴ Er lehnte eine Kandidatur allerdings ab, um weiterhin sein Abgeordnetenmandat ausüben zu können und weil er der Auffassung war, dass das Amt „keine konstruktive Arbeit“ ermögliche.¹²⁵ Anfang 1966 wurde er verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzender der entsprechenden Arbeitsgruppe. Als nach Bildung der ersten Großen Koalition 1966 erstmals Parlamentarische Staatssekretäre berufen wurden, galt Rommerskirchen in der Presse weithin als aussichtsreicher Kandidat für die entsprechende Position im Verteidigungsministerium,¹²⁶ kam aber letztlich nicht zum Zuge. Als Grund führte er rückblickend landsmannschaftliche Überlegungen an: Neben Minister Gerhard Schröder habe nicht noch ein Nordrhein-Westfale eine führende Rolle im BMVg erhalten sollen. Ebenso sei 1968 seine Berufung zum Bundesminister für Familie und Jugend daran gescheitert, dass die Frauenvereinigung der CDU das Amt mit einer Frau habe besetzt sehen wollte.¹²⁷ Wie konkret derartige Überlegungen jenseits von Pressespekulationen seinerzeit tatsächlich gewesen sind, muss dahingestellt bleiben.¹²⁸

122 Vgl. Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002. Hg. von Rudolf Vierhaus und Ludolf Herbst. Bd. 2: N–Z. München 2002, S. 701f.

123 Zu den Vorgängen vgl. Rudolf J. Schlaffer: Der Wehrbeauftragte 1951 bis 1985. Aus Sorge um den Soldaten. München 2006, S. 160–180.

124 Vgl. etwa Gesucht: Wehrbeauftragter, in: Hamburger Abendblatt, 12. November 1964.

125 Rommerskirchen lehnt ab, in: Rheinische Post, 18. November 1964 sowie Wehrbeauftragter ist kein Nebenverteidigungsminister, in: Echo der Zeit, 29. November 1964.

126 So etwa: Heute Wachablösung in Bonner Ministerien. Tauziehen um parlamentarische Staatssekretäre, in: Hamburger Abendblatt, 2. Dezember 1966; Eine Schule für Minister. Zum erstmaligen Parlamentarische Staatssekretäre, in: Rheinische Post, 3. Dezember 1966.

127 Undatierte handschriftliche Notiz, in: ACDP 01-234-031/3.

128 So vermutet etwa Gerhard Schröders Biograph Torsten Oppelland, dieser habe mit der Berufung von Eduard Adorno, Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Württemberg-Hohenzollern, zum Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesverteidigungsminister versucht, „seine Basis innerhalb der Union zu verbreitern und somit zukünftig bessere Aussichten bei der Bewerbung um höchste Ämter zu haben“. Torsten Oppelland: Gerhard

Im Rahmen der Auseinandersetzungen innerhalb der CDU/CSU um den außenpolitischen Kurs in den 1960er Jahren wird man Rommerskirchen eher den für eine engere Anlehnung an Frankreich plädierenden „Gaullisten“ zu-rechnen können.¹²⁹ Eine eindeutige Festlegung vermied er allerdings. In einem zum Jahresbeginn 1969 erschienenen Aufsatz, betonte er, dass die „atlantische Verklammerung“ zur Sicherung von Freiheit und Frieden unverzichtbar sei, forderte aber zugleich die europäischen Staaten – u. a. mit Verweis auf die „andauernde überdurchschnittliche Inanspruchnahme der Vereinigten Staaten von Amerika“ – zu größeren eigenen Verteidigungsanstrengungen auf. So solle „mit Mut und Elan der erneute Versuch unternommen werden, eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft als stärkeres Glied in der atlantischen Kette zu bilden“. Diese müsse über „jederzeit voll handlungsfähige Exekutivorgane“ und „ein politisches Kontrollsystem mit echter Kompetenz“ verfügen. So könne Europa sein Kraftfeld ausdehnen und dem „Wunsch nach mehr Freiheit und besseren Lebensbedingungen für alle Menschen in aller Welt“ dienen. Auf dem Weg zu einer „Friedensordnung der Völkergemeinschaft“ solle „als festes Haus aber endlich das Vereinigte Europa errichtet werden“.¹³⁰ Ein Jahr später nahm er den Gedanken erneut auf und begründete ihn mit dem wachsenden Disengagement der nicht zuletzt wegen des Vietnamkriegs überforderten USA und einer eingetretenen Verbesserung des Verhältnisses zu Frankreich, das „habe einsehen müssen, daß es sich verteidigungspolitisch der Gefahr einer Isolierung ausgesetzt“ habe. Ausgangspunkt eines solchen neuen Anlaufs könne die Westeuropäische Union (WEU) sein.¹³¹ Eine breite Resonanz erzielten diese Anstöße anscheinend nicht. Letzteres mag auch daran gelegen haben, dass Rommerskirchen einige Fraktionskollegen nachhaltig verärgert hatte. Als Anfang Juli 1967 die geplanten Kürzungen im Verteidigungshaushalt zu heftigen Diskussionen und Auseinandersetzungen innerhalb der Unionsparteien führten,¹³² wurde er in seiner Eigenschaft als verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion von dem Journalisten Rudi Strauch um ein Gespräch gebeten. Dieser habe erklärt, so Rommerskirchen in einer Aktennotiz, es gehe ihm

Schröder (1910–1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 39). Düsseldorf 2002, S. 687.

129 Zum Gesamtzusammenhang vgl. Tim Geiger: Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969 (Studien zur Internationalen Geschichte 20). München 2008.

130 Die Verteidigung Europas, in: Politisch-Soziale Korrespondenz Nr. 1, XVIII. Jahrgang, 1. Januar 1969, S. 7ff. Zum Konzept einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und ihrem Scheitern in der erste Hälfte der 1950er Jahre vgl. zusammenfassend Michael Gehler: Europa. Ideen, Institutionen, Vereinigung. Neuauf. München 2010, S. 194–198.

131 Europa braucht eine EVG. Die Bedeutung des amerikanischen Disengagements, in: Rheinischer Merkur, 13. Februar 1970.

132 Vgl. zusammenfassend Oppeland: Gerhard Schröder, S. 689–693.

um „einen allgemeinen Überblick“ und nicht um „zitierbare Erklärungen“.¹³³ Dennoch erschien am nächsten Tag in der „Welt“ ein Artikel unter der Überschrift „Arbeit für den Papierkorb muss aufhören“, in dem er mit harter Kritik am früheren Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel, der „immer ‚eine übergroße Bereitschaft‘ gezeigt habe, finanziellen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen“, an Finanzminister Franz Josef Strauß, der zwecks Haushaltssanierung den Anstoß für die Kürzungen im Verteidigungsetat gegeben hatte sowie an der mangelnden Abstimmung zwischen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und Verteidigungsminister Gerhard Schröder zitiert wurde. Rommerskirchen habe ferner verlangt, zugunsten der Kampftruppen stärker bei der Verwaltung und den zivilen Einrichtungen der Bundeswehr zu kürzen.¹³⁴ Die heftige Kritik seitens einiger Fraktionskollegen, die ihn – neben zustimmenden Zuschriften u. a. von Soldaten – daraufhin erreichte,¹³⁵ veranlasste Rommerskirchen, der in seinen Antworten immer wieder betonte, seine Äußerungen seien überspitzt wiedergegeben worden, seine Auffassungen in einem langen Interview mit dem „Rheinischen Merkur“ zu präzisieren. Indes wiederholte er den Vorwurf an die Adresse von Verteidigungsminister Schröder, dessen Erklärung, man müsse die Bundeswehr angesichts der geplanten Kürzungen um 60.000 Mann reduzieren, sei voreilig und „sehr bedauerlich“ gewesen und habe der bundesdeutschen Position international geschadet. Abschließend kommentierte Rommerskirchen die Äußerung seiner Gesprächspartner, anscheinend habe man im Verteidigungsministerium erst gehandelt und dann mit dem Nachdenken begonnen, mit dem Satz: „Diesem Eindruck kann ich mich allerdings nicht ganz entziehen.“¹³⁶ Von CDU-Bundesgeschäftsführer Konrad Kraske erreichte ihn daraufhin ein geharnischter Brief, in dem dieser ihm vorhielt, er sei in der täglichen gemeinsamen Arbeit „ein Muster an Zurückhaltung, Bescheidenheit und Gemessenheit“, nutze dann aber „den ersten sich bietenden Anlaß während der Ferien zu publizistischen Parforceritten“. Zudem habe er den für alle Funktionsträger der Fraktion geltenden Grundsatz nicht beherzigt, dass man „nicht mehr ohne weiteres nach seinem eigenen Geschmack reden kann, sondern wenn irgend möglich auf die Meinung seiner Freunde Rücksicht zu nehmen hat“.¹³⁷ Der evangelische CSU-Abgeordnete Albrecht Schlee aus Bayreuth unterstellte

133 Aktennotiz vom 12. Juli 1967, in: ACDP 01-234-008/3.

134 Arbeit für den Papierkorb muss aufhören, in: Die Welt, 12. Juli 1967.

135 Kritik üben u. a. Rainer Barzel, Kai-Uwe von Hassel und Egon Klepsch. Positiv reagierte demgegenüber der Abgeordnete Alphons Horten. Vgl. die Schreiben, in: ACDP 01-234-008/3. Dort auch weitere Zuschriften sowie die Antworten Rommerskirchens.

136 Reformieren – nicht reduzieren!, in: Rheinischer Merkur, 21. Juli 1967.

137 Kraske an Rommerskirchen, 27. Juli 1967, in: ACDP 01-234-008/3.

ihm verletzten Ehrgeiz sowie konfessionelle Motive: Er könne sich „leider des Eindrucks nicht erwehren, daß es sich hier um eine Auswirkung der Verteilung der Ämter der Staatssekretäre handelt“. Außerdem könne „die Vermutung nicht unterdrückt werden, daß diesen Angriffen Motive zugrunde liegen, die die Grundlagen der Union in Gefahr bringen“ und das Ziel hätten, „nach Herrn von Hassel nun auch Herrn Dr. Schröder und die von ihm vertretene Richtung in unserer Partei vollends an die Wand zu drücken“.¹³⁸ Wenngleich Letzteres wohl überinterpretiert ist, dürfte sich Rommerskirchen mit seinem Vorgehen in dieser Angelegenheit innerfraktionell wenig Freunde gemacht haben. Er blieb in seiner weiteren parlamentarischen Tätigkeit ein Mann allenfalls der zweiten Reihe und trat auch in der Fraktion nicht sonderlich hervor.¹³⁹

1976 verzichtete er auf eine erneute Kandidatur für das Parlament und begründete dies mit Rücksichtnahme auf Gesundheit und Familie sowie dem „Bedürfnis nach einer weniger hektischen Berufsausübung“.¹⁴⁰

Bundeszentrale für Politische Bildung II

Während der Zeit seiner Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag, in der das Angestelltenverhältnis mit der Bundeszentrale geruht hatte, war Rommerskirchen der Institution und besonders dem bis 1968 amtierenden Leiter Paul Franken eng verbunden geblieben. Im März 1966 war er von Bundesinnenminister Paul Lücke in das als parlamentarisches Kontrollgremium fungierende Kuratorium der Bundeszentrale berufen worden,¹⁴¹ dessen Vorsitz er von 1970 bis 1973 innehatte. Als solcher setzte er sich gegenüber dem Innenministerium immer wieder für eine angemessene finanzielle Ausstattung der Bundeszentrale ein.¹⁴² Zum 20-jährigen Jubiläum hatte er bilanziert, die Bundeszentrale habe durch „redliche Bodenarbeit und sorgsame Aussaat bereits reiche Frucht hervorgebracht“.¹⁴³ Nachdem er sich für den Verzicht auf eine erneute Kandidatur zum Deutschen Bundestag entschlossen hatte, wurde er von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Nachfolger des seinerseits erst-

138 Schlee an Rommerskirchen, 4. August 1967, ebd.

139 Vgl. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1966–1969. Bearb. von Stefan Marx (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 11/V). Düsseldorf 2010.

140 Vgl. Interview Josef Rommerskirchen kandidiert nicht mehr, in: Neuss-Grevenbroicher Zeitung, 27. September 1975.

141 Schreiben des Bundesministers der Innern an Rommerskirchen, 15. März 1966, in: ACDP 01-234-006/2.

142 Siehe etwa verschiedene Schreiben, in: ACDP 01-234-012/1.

143 Arbeit für eine krisenfeste Demokratie, in: Deutschland-Union-Dienst, Nr. 231, 4. Dezember 1972.

mals in das Parlament gewählten bisherigen Direktors Hans Stercken vorgeschlagen und trat am 15. Februar 1977 seinen Dienst in dieser Funktion dort an.¹⁴⁴

Als Kuratoriumsvorsitzender hatte er den von der sozialliberalen Koalition ab 1969 angestrebten Umstrukturierungen in der Spitze der Bundeszentrale deutlichen, indes vergeblichen Widerstand entgegengesetzt. Besonders die Einrichtung eines Direktoriums aus drei gleichberechtigten, von den damaligen Bundestagfraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP zu benennenden Direktoren lehnte er ab, da er befürchtete, dies würde „zu einer unangemessenen politischen Polarisierung und personellen Aufblähung“ führen.¹⁴⁵ Seine Vorbehalte präzierte er in einer Sitzung des Kuratoriums am 28. Februar 1972, wo er u. a. darauf hinwies, dass die fachliche Selbständigkeit der Bundeszentrale gefährdet sei, da bei Meinungsverschiedenheiten im Direktorium das Weisungsrecht des Bundesinnenministeriums in Anspruch genommen werden müsste.¹⁴⁶

In seiner bis zur Pensionierung 1981 dauernden Amtszeit musste er nun mit diesen ungeliebten Bedingungen zurechtkommen und den nicht einfachen Spagat zwischen dem überparteilichen Auftrag der politischen Bildung sowie den Interessen seiner von SPD und FDP benannten Ko-Direktoren auf der einen und denen der Unionsparteien auf der anderen Seite meistern. Dennoch stellten, wie er rückblickend bilanzierte, diese Jahre „eine der schönsten Phasen meines Berufslebens“ dar.¹⁴⁷ Anlässlich seines Eintritts in den Ruhestand würdigte ihn der damalige Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) u. a. dafür, dass ihm „parteiliche Winkelzüge ferngelegen“ hätten. Seine Amtszeit habe eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass es möglich sei, politische Bildung über Parteigrenzen hinweg sowie „im Kontakt mit der politischen Praxis bei gleichzeitiger Verpflichtung zur Überparteilichkeit“ zu betreiben. Rommerskirchen sei, so Baum abschließend, „einer der Menschen, auf die eine demokratische Gesellschaft nicht verzichten kann“.¹⁴⁸

144 Schreiben des Fraktionsvorsitzenden Karl Carstens an Bundesinnenminister Werner Maihofer vom 18. Oktober 1976. Kopie, in: ACDP 01-234-006/2.

145 Vgl. Wortlaut einer Presseerklärung Rommerskirchens vom 21. Januar 1972, beide Dokumente in: ACDP 01-234-012/2. Dort auch eine Reihe von Presseartikeln und -kommentaren zur Entscheidung von Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher, die Direktoriumslösung ohne abschließende Konsultation des Kuratoriums durchzusetzen, ferner Korrespondenz und Stellungnahmen zum Thema.

146 Protokollentwurf mit handschriftlichen Ergänzungen Rommerskirchens, ebd.

147 Ermutigendes Vertrauen erlebt, in: Das Parlament, Nr. 9–10, 28. Februar/7. März 1981.

148 Dank für beispielhafte Mitarbeit, ebd.

Vorstandsvorsitzender der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus

Wie von Freunden und Weggefährten nicht anders erwartet blieb Rommerskirchen auch als Pensionär aktiv. Im Januar 1982 wurde er vom Kuratorium als Nachfolger von Dr. Carl Gussone zum Vorsitzenden des Vorstands der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf gewählt.¹⁴⁹ Er habe diese Aufgabe gerne übernommen, um sich mit dem Erbe Adenauers besonders an die Jugend zu wenden, die ihre „unglaubliche Chance der Freiheit“ häufig nicht recht zu nutzen wisse.¹⁵⁰ Er behielt das Amt über zehn Jahre lang, bis er v. a. aufgrund einer Erkrankung seiner Frau auf eigenen Wunsch vor Ablauf seiner dritten Amtszeit mit Wirkung vom 1. Mai 1992 ausschied. In diese Zeit fielen u. a. die Neuerrichtung des Ausstellungsbaus sowie die Veröffentlichung der ersten Bände des Adenauerschen Briefwerks sowie der „Teegespräche“ des ersten Bundeskanzlers in der von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz herausgegebenen „Rhöndorfer Ausgabe“.¹⁵¹ Bei der Amtsübergabe an die frühere Bundesministerin Dorothee Wilms würdigte der stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums, Paul Adenauer, die von Rommerskirchen geleistete „entscheidende Aufbauarbeit“. Dieser erklärte, er sei froh, dass er an der Übermittlung des Erbes von Konrad Adenauer, der sein politisches Vorbild gewesen sei, habe mitwirken können.¹⁵² Seine Bereitschaft zur Übernahme der Funktion sei bestimmt gewesen „von der Dankbarkeit für das große Vorbild Adenauers im Dienst unseres Gemeinwesens“.¹⁵³

Josef Rommerskirchen, den bis ins hohe Alter eine bemerkenswerte Vitalität auszeichnete, blieb auch danach ausweislich zahlreicher mit Anstreichungen und Randbemerkungen versehener Zeitungsausrisse und Zeitschriftenbeiträge im Nachlass ein interessierter Beobachter des politischen Geschehens, stellte sich häufig bei Tagungen sowie für Publikationen als Zeitzeuge zur Verfügung – u. a. bei den jährlichen „Rhöndorfer Gesprächen“ – und verfolgte

149 Schreiben des Kuratoriumsvorsitzenden Kurt Georg Kiesinger an Rommerskirchen, 15. Januar 1982, in: ACDP 01-234-028/3.

150 Das Bad Honnefer Gespräch. Heute: Josef Rommerskirchen, in: Honnefer Volkszeitung, Pfingstausgabe 29./30./31. Mai 1982.

151 Vgl. Rudolf Morsey: Der Beitrag der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus zur Adenauer-Forschung, in: Historisch-Politische Mitteilungen 15 (2008), S. 427–442, hier S. 436–439.

152 Vgl. Stabwechsel im Adenauer-Haus, in: Honnefer Volkszeitung, 4. Mai 1992.

153 Dorothee Wilms tritt an die Spitze der Stiftung, in: General-Anzeiger Bonn, 4. Mai 1992.

v. a. die Arbeit „seines“ BDKJ mit großer, indes zunehmend kritischer Aufmerksamkeit.¹⁵⁴ Geehrt mit zahlreichen hohen Auszeichnungen aus dem In- und Ausland, darunter das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und die Komtur des Päpstlichen Gregoriusordens, starb er am 9. März 2010 im Alter von 94 Jahren in seinem Haus in Wachtberg bei Bonn.

Bekanntlich wurde die politische Szenerie der jungen Bundesrepublik ganz überwiegend von den „Weimaranern“, also der den Jahrgängen 1875 bis 1906 entstammenden Vorkriegsgeneration dominiert. Die Angehörigen der „Zwischenkriegsgeneration“, d. h. diejenigen, die zwischen 1917 und 1930 geboren wurden und ihre politische Prägung in Weimarer Republik und „Drittem Reich“ erlebten,¹⁵⁵ waren zunächst eher auf der mittleren politischen Ebene sowie in der Bildungs- und Jugendarbeit von Gewerkschaften, Kirchen Verbänden und Parteien aktiv. Vor allem hier leisteten Persönlichkeiten wie Heinz Westphal, Ernst Majonica und eben Josef Rommerskirchen, auch wenn sie in ihrer weiteren politischen Laufbahn keine Spitzenämter mehr erreichen sollten, „einen frühzeitigen Beitrag zur langfristigen demokratischen Stabilisierung der Bundesrepublik“.¹⁵⁶

154 Vgl. etwa die Diskussion mit dem amtierenden BDKJ-Vorsitzenden Andreas Kampmann-Grünwald unter der Überschrift „Profillos oder zeitgemäß? Zwei BDKJ-Generationen im Streitgespräch“, in: KNA (Katholische Nachrichten-Agentur), Nr. 18, 12. März 1997.

155 Zur Kritik des inflationären und häufig beliebigen Gebrauchs des Generationenbegriffs Bert Schulz: Schick und trivial: Schlagwort Generation, in: Das Parlament, 14./22. April 2003. Zur Problematik auch Bernd Weisbrod: Generation und Generationalität in der Neueren Geschichte, in: Aus Politik und Politik und Zeitgeschichte 8 (2005), S. 1–11. Vgl. ferner die Beiträge bei Jürgen Reulecke (Hg.): Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert (Schriften des Historischen Kollegs; Kolloquien 58). München 2003.

156 Karl Tepe: Trümmersgesellschaft im Wiederaufbau, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 18–19 (1995), S. 22–33, hier S. 31.



Rede auf einer Jugendkundgebung am 5. September 1948 im Rahmen des Deutschen Katholikentages in Mainz (ACDP 01-234-026/2).



Bei der Gründung des Deutschen Bundesjugendrings am 3. Oktober 1949; links: Erich Lindstaedt, Vorsitzender der Sozialistischen Jugend „Die Falken“, mitte: Willi Ginhold, Vorsitzender der Gewerkschaftsjugend (ACDP 01-234-027/2).



Ansprache bei einer Kundgebung der Katholischen Jugend Kölns am 28. September 1952 in Anwesenheit Bundeskanzler Konrad Adenauers und des Kölner Erzbischofs Josef Kardinal Frings (ACDP 01-234-027/2).



Bei einem Empfang mit Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und dem Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Europa, Lyman Lemnitzer (ACDP 01-234-030/1).